AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 51 | DIENSTAG, DEN 3. JULI | 2012

Inhalt:

	Seite
Richtlinie zur Förderung der Ganztagsbetreuungsangebote von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe an Schulen in freier Trägerschaft	1205
Änderung von Wochenmärkten	1209
Widmung einer Wegefläche	1209
Widmung einer Wegefläche	1209
Widmung von Wegeflächen	1209
Widmung einer Wegefläche	1210
Widmung einer Wegefläche	1210

BEKANNTMACHUNGEN

Richtlinie zur Förderung der Ganztagsbetreuungsangebote von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe an Schulen in freier Trägerschaft

Vom 3. Juli 2012

1. **Zuwendungszweck**

Die Förderung durch die Freie und Hansestadt Hamburg verfolgt das Ziel, die Ganztagsbetreuung an Grund- und Stadtteilschulen auszuweiten. Schulen in freier Trägerschaft leisten einen wichtigen Beitrag zu einem vielfältigen schulischen Angebot in der Freien und Hansestadt Hamburg. Die Angebote im Rahmen der Ganztägigen Bildung und Betreuung (GBS) in Kooperation der Träger der Kinder- und Jugendhilfe mit staatlichen Schulen sollen auch den Schülerinnen und Schülern an Schulen in freier Trägerschaft zugutekommen.

Zur Erfüllung dieses Zwecks können Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, die mit Schulen in freier Trägerschaft kooperieren, von der Behörde für Schule und Berufsbildung auf der Grundlage dieser Richtlinie, der Allgemeinen Nebenbestimmungen für die Projektförderung (ANBest-P), soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen sind, und des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes Zuschüsse aus Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg gewährt werden.

2. **Gegenstand der Förderung**

Gefördert werden nach dieser Richtlinie Angebote nach § 13 HmbSG, die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Kooperation mit einer genehmigten Grund- oder Stadtteilschule in freier Trägerschaft (Ersatzschule oder umgangssprachlich „Privatschule“).

Förderungsfähig sind solche Betreuungsangebote, die von ihrem zeitlichen Umfang und ihrer sozialpädagogischen Qualität her den entsprechenden Angeboten von im Rahmen der Ganztägigen Bildung und Betreuung mit staatlichen Schulen kooperierenden Trägern gleichwertig sind.

2.1 Betreuungszeiten und -kosten

Die Förderung bezieht sich auf die Betreuung bestimmter Teilnehmer (siehe Nummer 2.2) in der Betreuungszeit von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr. Für diese sogenannte Kernzeit darf über den Sockelbeitrag von 5,– Euro für Vorschulkinder hinaus kein Elternbeitrag erhoben werden.

Daneben kann eine Förderung für die Betreuung in sogenannten Randzeiten gewährt werden (Frühbetreuung von 6.00 Uhr bis 8.00 Uhr und Spätbetreuung von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr).

Eine in den Schulferien angebotene Ferienbetreuung ist ebenfalls förderungsfähig. Diese bezieht sich sowohl auf volle Ferienwochen als auch auf die nicht zusammenhängenden schulfreien Werktage (sogenannte Sockelwoche, enthält z.B. Brückentage, Teilwochen zu Ferienbeginn oder Ferienende). Für die Betreuung in Randzeiten und in den Ferien ist ein Elternbeitrag zu erheben.

Für Schüler in Vorschulklassen können die gleichen Angebote gemacht werden. Die Betreuung in der Zeit von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr ist für Vorschüler nicht kostenfrei, d. h., hierfür sind Elternbeiträge zu erheben.

Für Vorschulkinder gelten dabei teilweise Fördersätze, die von denen für Schulkinder ab der ersten Klasse abweichen, damit sich die Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung und für Angebote im Zusammenhang mit der Vorschule nicht auseinander entwickeln.

2.2 Teilnehmer an den Betreuungsangeboten

Die in Nummer 2.1 genannten Angebote stehen allen Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 1 bis 4 sowie der Vorschulklassen der Grundschule offen. Die Angebote zur Frühbetreuung, zur Spätbetreuung und zur Ferienbetreuung stehen auch Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 5 bis 8 der weiterführenden Schulen zur Verfügung, sofern an diesen nicht bereits ein eigenes schulisches Angebot vorgehalten wird (Ganztagsschule).

3. **Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger ist die Einrichtung, die in Kooperation mit einer genehmigten Grund- oder Stadtteilschule in freier Trägerschaft das Betreuungsangebot nach § 13 HmbSG macht.

Die Einrichtung muss als Betreuungseinrichtung für Kinder nach § 22 SGB VIII oder als Träger der Kinder- und Jugendhilfe anerkannt und in der Lage sein, sein Angebot in der betreffenden Schule oder in nächster Nachbarschaft zu erbringen. Regionale Lösungen können nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Behörde für Schule und Berufsbildung gefördert werden. An die Stelle der Einrichtungen können als Zuwendungsempfänger deren Verbände treten, wenn diese über ein Abrechnungsverfahren verfügen, das ähnlich einer Schnittstelle zum sogenannten KITA-Gutscheinsystem geeignet ist, eine Abrechnung mit der Bewilligungsbehörde und eine ordnungsgemäße Weiterleitung an die Einrichtung zu gewährleisten.

4. **Zuwendungsvoraussetzungen**

Eine Zuwendung wird gewährt, wenn die nachfolgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

4.1 Geförderte Vorhaben

Es werden nur Betreuungsvorhaben gefördert, die in Kooperation mit einer Schule in freier Trägerschaft durchgeführt werden, die die Voraussetzungen nach Nummer 2 dieser Richtlinie erfüllt. Dabei muss die Gleichwertigkeit des Angebots von der Behörde anerkannt worden sein.

4.2 Kooperationsvereinbarung

Die Förderung im Rahmen der Kooperation setzt eine Vereinbarung zwischen dem Zuwendungsempfänger und der Schule in freier Trägerschaft über die Durchführung der Ganztägigen Bildung und Betreuung voraus.

4.3 Berücksichtigungsfähige Teilnehmer

Berücksichtigungsfähige Teilnehmer sind vor 8.00 Uhr und nach 13.00 Uhr betreute Schülerinnen und Schüler der kooperierenden Ersatzschule bis zur Beendigung des Schuljahres, in dem sie das 14. Lebensjahr vollenden, für die die Freie und Hansestadt Hamburg der örtlich zuständige Jugendhilfeträger ist.

4.4 Daten der Teilnehmer

Die Förderung kann nur gewährt werden, wenn die Sorgeberechtigten mit der Übermittlung von Teilnehmerkennzeichnungen (anstelle von Namen), Betreuungsarten und -zeiten und zusammengefassten Angaben zu den zu erhebenden Elternbeiträgen an die Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Schule und Berufsbildung – sowie mit einer Überprüfung der ordnungsgemäßen Beitragsberechnung im Verwendungsnachweisverfahren einverstanden sind.

5. **Art und Umfang, Höhe der Zuwendung**

5.1 Art der Zuwendung

Dem Zuwendungsempfänger wird als Projektförderung ein Zuschuss zur Finanzierung des voraussichtlichen Bedarfs unter Berücksichtigung der zuwendungsfähigen Ausgaben und der zu erhebenden Beiträge gewährt.

5.2 Umfang der Förderung und Finanzierungsart

Der Zuschuss wird zur Festbetragsfinanzierung nach tatsächlich gebuchten Betreuungseinheiten und zu verlangenden Elternbeiträgen bewilligt.

Zur Vermeidung übermäßigen Verwaltungsaufwands und zur Gewährleistung einer nach dem Aufwand angemessenen Förderung werden vorläufig Fördersätze nach belegter oder hinreichend geschätzter Betreuungsdauer und Angebotsart festgelegt und Beiträge der Eltern (nach Einkommen und Familiengröße) mit 75 % berücksichtigt. Dies gilt auch für Elternbeiträge von Schülern in Vorschulklassen, deren Beiträge 100 % übersteigen können. Der Sozialindex der Schulen in freier Trägerschaft richtet sich nach dem Einzugsgebiet und wird nur dann bedarfserhöhend berücksichtigt, wenn eine Indikation nach KESS 1 oder 2 vorliegt. Ermäßigungen wegen Betreuung von Geschwistern werden durch entsprechende Erhöhung der Fördersätze berücksichtigt. Die Fördersätze erhöhen sich ebenfalls, wenn sonderpädagogischer Förderbedarf vorliegt. Hinsichtlich der Ferienbetreuungsangebote wird bei der Bewilligung von einer Buchung von sechs Ferienwochen ohne Randzeiten ausgegangen.

Auf Anforderung kann ein Anteil von einem Zwölftel des Bewilligungshöchstbetrags zu Beginn des Bewilligungszeitraums vorab zur Verfügung gestellt werden, wenn es sich um die erstmalige Betreuung im Sinne dieser Richtlinie handelt.

Die vorläufige Bewilligung wird nach Abrechnung der tatsächlichen und zulässigen Buchungen und zu erhebenden Beiträge nach Vorlage der listenmäßig zusammengestellten Daten für das abgelaufene Quartal an den Bedarf angepasst, der sich nach den im Landesrahmenvertrag festgelegten Entgelten im staatlichen Bereich und den Elternbeiträgen nach entsprechender Maßgabe der „Gebührenordnung für das Schulwesen sowie für die Bereiche der Berufsbildung und der allgemeinen Fortbildung“ vom 7. Dezember 1993 in ihrer jeweils aktuellen Fassung für die Teilnahme an der Ganztägigen Bildung und Betreuung an staatlichen Schulen zu entrichtenden Gebühren richtet.

Eine etwaige Erhöhung oder absehbare Ermäßigung des Bedarfs ist der Behörde für Schule und Berufsbildung rechtzeitig mitzuteilen. Eine Erhöhung kann nur im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel für den gesamten Bedarf des Programms berücksichtigt werden. Kommt es zu einer Ermäßigung des Bedarfs durch unvorhergesehene niedrigere Belegung, die insbesondere vor dem Hintergrund bestehender Personalverpflichtungen vom Zuwendungsempfänger im Rahmen des zustehenden Zuschusses zur Festbetragsfinanzierung nicht ausgeglichen werden kann, ist die Behörde bereit, im Einzelfall einen zusätzlichen Zuschuss bis

zur Höhe des im Landesrahmenvertrag genannten Betrags zur Risikoabmilderung zu bewilligen.

Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe können im Einvernehmen mit der Schule in freier Trägerschaft einen gesonderten Zuschuss in Anlehnung an die sogenannte Kooperationspauschale beantragen, um die in der Bürgerschaftsdrucksache 20/3642 vorgesehene Abstimmung zwischen den schulischen Angeboten und den Betreuungsangeboten zur gemeinsamen Organisation und Pädagogik zu verwirklichen. Eine Weiterleitung des für die Schule vorgesehenen Anteils an diese ist zulässig, soweit die zweckentsprechende Verwendung der Mittel und der Nachweis sichergestellt sind.

5.3 Höhe der Zuwendung

Die Fördersätze je betreutem Kind und Monat setzen sich aus folgenden Bestandteilen zusammen:

1. Monatsentgelt für Frühbetreuung (bei Inanspruchnahme eines Angebots): 22,25 Euro,
2. Monatsentgelt für Betreuung in der Kernzeit (nach Unterricht bis 16.00 Uhr): 152,33 Euro,
3. Monatsentgelt für Spätbetreuung (bei Inanspruchnahme eines Angebots): 44,75 Euro,
4. Abzüglich Elternbeiträge für gebuchte Randstunden vor 8.00 Uhr oder nach 16.00 Uhr (bei einem angenommenen Beitragssatz von 75 % und 30,– Euro je Stunde): 22,50 Euro,
5. Zuzüglich Monatsentgelt für Ferienbetreuung (soweit gebucht): 73,17 Euro,
6. Abzüglich Monatsrate des Elternbeitrags für jede Ferienwoche (bei angenommenen sechs Wochen Ferienbetreuung in der Kernzeit von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr bei 75 % Elternbeitrag): 33,75 Euro.

Die unter Nummern 5.3.1, 5.3.2 und 5.3.3 aufgeführten Fördersätze werden bei der Bewilligung vorläufig zugrunde gelegt.

5.3.1 Bewilligung Grundschule und Jahrgangsstufen 5 bis 8

Je nach Buchung betragen die Fördersätze bei sechs Ferienwochen mit Kernzeitbetreuung und 75 % Beitragsanteil für Schüler an Schulen in freier Trägerschaft für die Betreuungseinrichtungen zwischen 168,– Euro und 213,– Euro. Der zutreffende Fördersatz kann mit einem Berechnungsformular (siehe Anlage: Oberfläche des GBS-Förderrechners) ermittelt werden.

Für die monatliche Betreuung eines Kindes werden in der Beitragsklasse 75 % folgende Fördersätze bewilligt (hier mit Ferienbetreuung und in sechs Ferienwochen von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, also lediglich in der Kernzeit):

– In Schulzeiten von 6.00 Uhr bis 16.00 Uhr (Randstunden vor der Kernzeit): 169,– Euro.
– In Schulzeiten von 6.00 Uhr bis 18.00 Uhr (Randstunden vor- und nachher): 168,– Euro.

Die Fördersätze sind umso höher, je weniger Elternbeiträge erlangt werden können.

– In Schulzeiten von 6.00 Uhr bis 17.00 Uhr (Randstunden vor- und nachher): 191,– Euro.
– In Schulzeiten von 7.00 Uhr bis 16.00 Uhr (Randstunden vorher): 190,– Euro.
– In Schulzeiten von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr (keine Randstunden/keine Beiträge): 191,– Euro.
– In Schulzeiten von 7.00 Uhr bis 18.00 Uhr (Randstunden vor- und nachher): 190,– Euro.
– In Schulzeiten von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr (Randstunden nachher): 191,– Euro.

Die Fördersätze erhöhen sich bei bestimmten Kombinationen nochmals.

– In Schulzeiten von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr (Randstunden vor- und nachher): 213,– Euro.
– In Schulzeiten von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr (Randstunden nur nachher): 213,– Euro.

Die Fördersätze erhöhen sich je Ferienwoche weniger je nach Rundung um 5,– Euro bis 6,– Euro. Sie vermindern sich bei mehr Ferienwochen entsprechend der anzurechnenden Beiträge. Bei Inanspruchnahme der Ferienbetreuung auch in den Randstunden vermindert sich die Förderung ebenfalls, in dieser Fallkonstellation um etwa 11,– Euro. Ohne Ferienbetreuung kann nur der Fördersatz für Schulzeiten (152,– Euro) gewährt werden.

5.3.2 Bewilligung Schüler in Vorschulklassen

Für die monatliche Betreuung eines Kindes, das eine Vorschulklasse besucht, wird bei der Bewilligung ebenfalls die Beitragsklasse 75 % zugrunde gelegt. Für die Betreuung während der Schulzeit wird bei Vorschülern ein zusätzlicher, nicht gestaffelter Elternbeitrag von 5,– Euro angerechnet.

Die Fördersätze für Schüler in Vorschulklassen erhöhen sich entsprechend der niedrigeren Beitragssätze auf 206,– Euro bis 255,– Euro.

5.3.3 Zusätzliche Leistungen für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Für Kinder mit durch Gutachten bestätigtem sonderpädagogischen Förderbedarf in den Schwerpunkten körperliche und motorische Entwicklung, geistige Entwicklung, Schwerst-Mehrfachbehinderung, Sprache oder Sinnesgeschädigte erhöhen sich die Fördersätze. Je nach Buchung von Randstunden beträgt die zusätzliche Förderung für Schulzeiten 167,– Euro (ohne Randstunden), 200,– Euro (mit Randstunden vor oder nach der Kernzeit) oder 233,– Euro (mit Randstunden vor und nach der Kernzeit) sowie für Ferienzeiten 83,– bis 100,– Euro.

5.4 Abrechnung

Nach Ablauf des Bewilligungsschuljahres wird eine Spitzabrechnung der Zuwendung nach den tatsächlichen Gegebenheiten vorgenommen.

Zur Abrechnung der von tatsächlichen Beitragsstufen (100 %, 50 %, 30 %, 20 % statt 75 %; im Einzelfall höhere Elternbeiträge für die Vorschule analog dem KiTa-Gutscheinsystem) und von der vorläufigen Bewilligung abweichenden Buchung für Ferienbetreuung sowie von

Geschwisterermäßigungen (Beitragsabsenkung auf ein Drittel oder ein Fünftel) werden die einzelnen Fördersätze neu berechnet. Dazu steht ein Berechnungswerkzeug zur Verfügung, das zur individuellen Fördersatzberechnung und zur listenmäßigen Anforderung und Abrechnung der Zuwendung dient. Daneben können die zutreffenden Fördersätze einem Satz von Fördertabellen entnommen werden.

6. **Förderungsausschluss**

Die Betreuung von Schülern, für die eine anderweitige Förderung erlangt werden kann, ist von der Bezuschussung nach dieser Richtlinie ausgeschlossen.

7. **Verfahren**

7.1 Antragsverfahren

Förderung wird gewährt auf Antrag, der bis zum 31. Mai eines jeden Jahres für das folgende Schuljahr gestellt werden muss. Dem Antrag sind beizufügen:

1. der Vertrag zwischen der Schule in freier Trägerschaft und dem Träger der Kinder- und Jugendhilfe über die Durchführung des Angebotes; dieser Vertrag kann auflösend bedingt mit der Gewährung der Zuwendung nach dieser Richtlinie verbunden sein,
2. eine Bestätigung des Zuwendungsempfängers, dass die Gleichwertigkeit des Angebots nach Nummer 4.1 von der Behörde anerkannt worden ist. Soweit die Anerkennung noch nicht vorliegt, sind Angaben zur Gleichwertigkeit der Betreuung einzureichen.
3. die Bezeichnung der verantwortlichen Personen des Trägers der Kinder- und Jugendhilfe,
4. das Muster eines Teilnahmevertrages zwischen dem Träger und den Eltern. Mit diesem sind die Eltern zu verpflichten, einen Beitrag zu leisten, der in Anlehnung an die für die Ganztägige Bildung und Betreuung maßgebliche Gebührenstaffel gemäß „Gebührenordnung für das Schulwesen sowie für die Bereiche der Berufsbildung und der allgemeinen Fortbildung" vom 7. Dezember 1993 in ihrer jeweils aktuellen Fassung festgesetzt wurde. Hierzu müssen sie das durchschnittliche Familieneinkommen des zu betreuenden Kindes in der in der Gebührenordnung beschriebenen Weise gegenüber dem Träger nachweisen.
5. die Angabe der Anzahl der gebuchten Betreuungsangebote und eine Schätzung des durchschnittlich erwarteten Elternbeitrages. Bis zum Vorliegen einer Schätzung wird die Beitragsklasse 75 % zugrunde gelegt.

7.2 Bewilligungsverfahren

Die Zuwendung wird durch schriftlichen Bescheid jeweils für ein Schuljahr gewährt. Aus den geschätzten Angaben nach Nummer 7.1 Ziffer 4 wird nach Maßgabe der Nummer 5 ein vorläufiger Zuwendungshöchstbetrag errechnet, der mindestens einmal im Bewilligungszeitraum an die tatsächlichen Verhältnisse angepasst wird. Die Fördersätze sind spätestens mit Vorlage des Verwendungsnachweises nach den konkreten Verhältnissen zu ermitteln. Die Behörde behält sich vor, bei fehlenden Angaben zum konkretisierten Förderbedarf diesen durch Schätzung zu ermitteln.

7.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren

Der Zuschuss wird auf bedarfsgerechte schriftliche Anforderung monatlich im Voraus ausgezahlt. Bei Anforderungen ohne Bedarfsberechnung wird der Bedarf geschätzt. Falls der erste Teilbetrag vorab gezahlt worden ist, ist dieser bei der Bedarfsberechnung der folgenden Teilbeträge zu berücksichtigen.

Die Bedarfsberechnung muss mindestens Angaben darüber enthalten, wie sich die Buchungen auf die unter Nummer 5 bezeichneten Fördersätze verteilen.

Soweit möglich, ist eine frühzeitige Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse erwünscht. Spätestens mit der letzten Mittelanforderung des Kalenderjahres ist listenmäßig zusammengefasst auszuweisen, wie sich die Anzahl der Buchungen der verschiedenen Betreuungsarten zur Schulzeit und während der Ferien auf die verschiedenen Beitragsklassen verteilt.

Die Behörde behält sich vor, das Abrechnungsverfahren entsprechend der Regelungen für den staatlichen Bereich anzupassen und weiterzuentwickeln.

7.4 Verwendungsnachweisverfahren

7.4.1 Anforderungen an den Sachbericht

Die zur Mittelanforderung gemachten Angaben werden als Zwischenbericht betrachtet. Die Angaben zur tatsächlichen Inanspruchnahme sind mit dem Sachbericht nach Ablauf des Schuljahres zu liefern. Zum Sachbericht werden knappe Angaben für Besonderheiten im Verlauf der Förderung, Verbesserungsmöglichkeiten sowie die Bewertung des Erfolgs erwartet.

7.4.2 Prüfung des zahlenmäßigen Nachweises

Neben den Angaben zur Belegung sind die mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben auszuweisen.

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist berechtigt, vor Ort die Bücher des Trägers einzusehen, die von den Eltern eingereichten Erklärungen ihres Einkommens zu prüfen und im laufenden Schuljahr die tatsächliche Inanspruchnahme des Angebotes stichprobenweise zu überprüfen.

7.5 Mitteilungspflichten

Veränderungen der vertraglichen Vereinbarungen mit dem Träger der Schule in freier Trägerschaft, an der die Betreuungsleistungen erbracht werden, sind der Behörde unverzüglich mitzuteilen, wenn sie zu einer wesentlichen Veränderung des Gegenstandes der Zuwendung oder der Zuwendungsvoraussetzungen führen.

7.6 Nicht verbrauchte Zuschüsse

Die Bewilligung nach Festbeträgen setzt voraus, dass die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben die Höhe des nach den tatsächlichen Verhältnissen zustehenden Bewilligungsbetrags mindestens erreichen. Falls dies – trotz der nicht anzurechnenden Elternbeiträge – nicht der Fall ist, muss die Zuschusshöhe auf die niedrigeren Gesamtausgaben begrenzt werden.

8. **Inkrafttreten und Befristung**

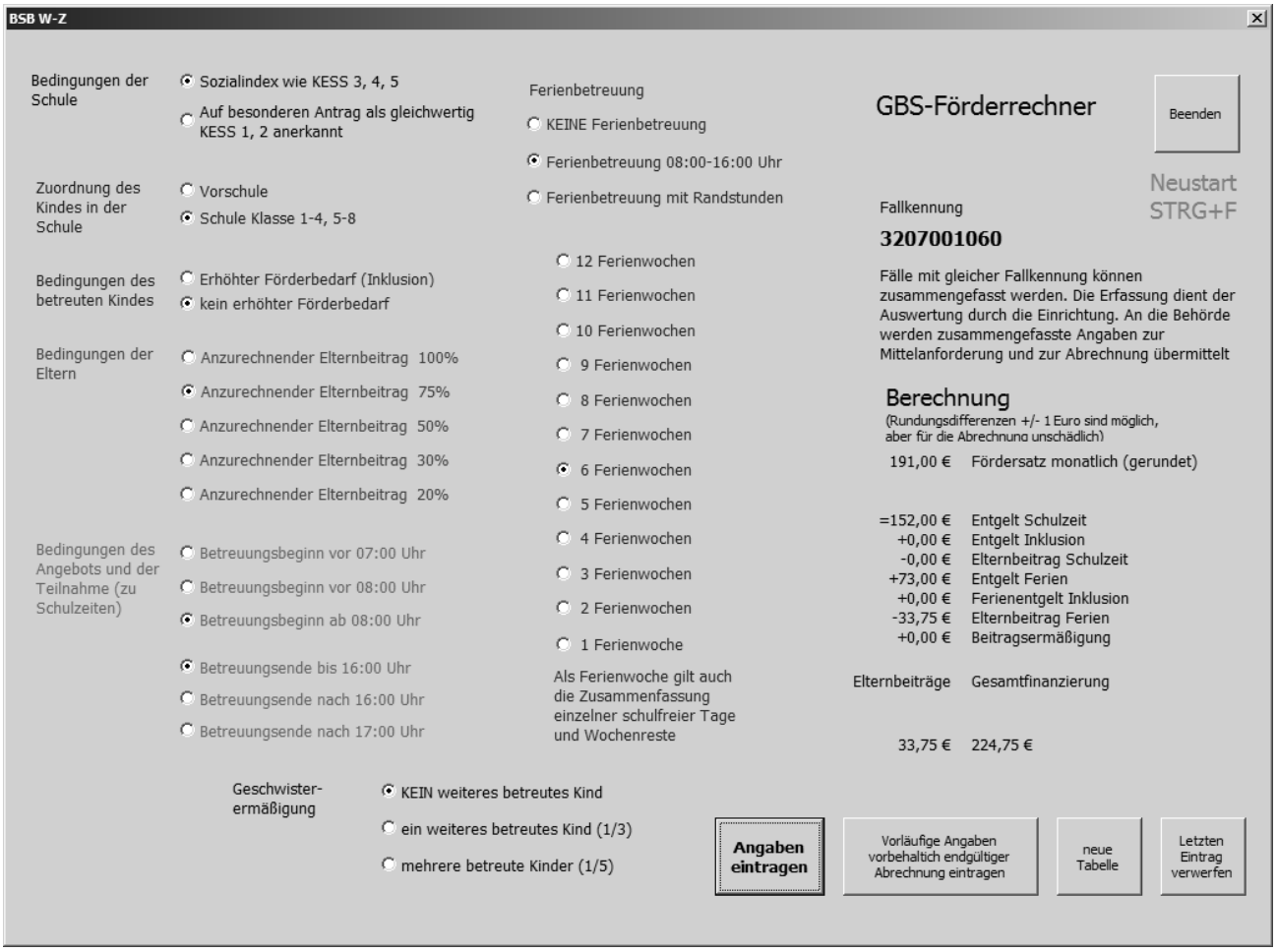
Diese Richtlinie tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft. Zwischen der Bewilligungsbehörde und dem Zuwendungsempfänger kann vereinbart werden, dass die Regelungen im Vorgriff bereits ab einem früheren Zeitpunkt gelten sollen. Diese Richtlinie gilt zunächst bis zum 31. Dezember 2016.

Hamburg, den 3. Juli 2012

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

Amtl. Anz. S. 1205

Anlage



Änderung von Wochenmärkten

Auf Grund von § 69 b der Gewerbeordnung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert am 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258), wird bekannt gegeben:

Nach Fertigstellung des Rothenburgsorter Marktplatzes wird der städtische Wochenmarkt Rothenburgsort ab dem 11. Juli 2012 auf diesem Platz abgehalten werden. Die Marktzeiten bleiben unverändert (mittwochs sowie sonnabends von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr).

Hamburg, den 22. Juni 2012

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 1209

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Harburg, Gemarkung Fischbek, Ortsteil 718, auf den Flurstücken 8040, 8081 teilweise und 6094 teilweise belegene Wegefläche des Weges Neugrabener Allee, von Süderelbebogen bis etwa 470 m Richtung Norden, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 19. Juni 2012

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 1209

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Harburg, Gemarkung Fischbek, Ortsteil 718, auf dem Flurstück 8042 teilweise belegene Wegefläche des Weges Zum Wachtelkönig, von Neugrabener Allee bis Am Johannisland, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 19. Juni 2012

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 1209

Widmung von Wegeflächen

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Harburg, Gemarkung Fischbek, Ortsteil 718, auf den Flurstücken 8084 teilweise, 8093 teilweise und 8086 teilweise belegenen Verbreiterungsflächen des Weges Ackerweg, von Süderelbebogen bis Am Johannisland, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 19. Juni 2012

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 1209

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Harburg, Gemarkung Fischbek, Ortsteil 718, auf dem Flurstück 8082 belegene Wegefläche des Weges Torfstecherweg, von Am Johannisland bis Süderelbebogen, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 19. Juni 2012

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 1210

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Harburg, Gemarkung Fischbek, Ortsteil 718, auf dem Flurstück 8086 belegene Wegefläche des Weges Am Johannisland, von Ackerweg bis Zum Wachtelkönig, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 19. Juni 2012

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 1210

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 12 A 0227

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer: **12 A 0227**

Sanierung Abwassersystem

4135 K 0802 Sanierung Abwassersystem

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages: **Sielbauleistungen**

e) Ort der Ausführung:

Marinestützpunkt, Reiherdamm 10, 20457 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:

Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage: –

Art und Umfang der Leistung:

Schachtsanierung: 45 Schächte RW und SW, 40 m Schlauchlining DN 125, ca. 15 Einzelschäden mittel Roboterverfahren. Anforderungen entsprechend Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961, Ausführungsbereich I, R und S.

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 20. August 2012
Fertigstellung der Leistungen bis: 28. September 2012

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 11. Juli 2012

Versand der Verdingungsunterlagen: 18. Juli 2012

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe des Entgeltes: 7,– Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.)

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333

BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 12 A 0227

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

2. August 2012, 11.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung" vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung" genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen:

Zusätzliche Nachweise zur Fachkunde und technischen Leistungsfähigkeit:

Anerkannter Fachbetrieb gemäß § 13 b des Hamburgischen Abwassergesetztes (HmbAbwG) für Arbeiten an Abwasserkanalanlagen. Nachweis S nach RAL-GZ 961 oder Vorlage eines entsprechenden Erstprüfungsberichtes mit Verpflichtung einer Fremd- und Eigenüberwachung (RAL-GZ 961 Abschnitt 4).

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 2. September 2012

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen: Herr Scherr
Telefon: 040 / 4 28 42 - 246

Hamburg, den 26. Juni 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung – 599

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 12 A 0253

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer: **12 A 0253**

Trockenbauarbeiten

4111 K 0915 1. Nachtrag
Brandschutztechnische Infrastrukturforderung

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**

e) Ort der Ausführung:

Manteuffelstraße 20, 22587 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:

Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:

Bürogebäude – Bundeswehrstab

Art und Umfang der Leistung:

Ertüchtigung von Decken und Wänden in F30 (100 m²), Erstellung von Brandwänden (35 m²), Gipskartondecke erstellen – F30 von oben (50 m²) mit Abriss der bestehenden Decke.

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 15. August 2012
Fertigstellung der Leistungen bis: 14. September 2012

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 10. Juli 2012

Versand der Verdingungsunterlagen: 10. Juli 2012

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe des Entgeltes: 5,– Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.)

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333

BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 12 A 0253

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:
3. August 2012, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

u) Nachweise zur Eignung:

Der Bieter hat mit seinem Angebot zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eine direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachzuweisen.

Der Nachweis der Eignung kann auch durch Eigenerklärungen gemäß Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) erbracht werden. Hinweis: Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) liegt bei.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist:

3. September 2012

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen: Herr Diedrich
Telefon: 040 / 86 67 35 93

Hamburg, den 27. Juni 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung – 600

Auftragsbekanntmachung

D-Hamburg: Feuerlöschfahrzeuge
2012/S 120-199241

Lieferauftrag

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Inneres und Sport – Feuerwehr –,
Kontaktstelle(n): Auschreibungsstelle – F0111 –
Westphalensweg 1, 20099 Hamburg,
Deutschland
Telefon: + 49 (40) / 4 28 51 - 41 14 / - 41 13,
Telefax: + 49 (40) / 4 28 51 - 41 49,
E-Mail:
ausschreibungsstelle@feuerwehr.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des Auftraggebers:
www.feuerwehr.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichenDialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Inneres und Sport, Feuerwehr,
Zu Händen von Poststelle
Westphalensweg 1, 20099 Hamburg,
Deutschland
Telefon: + 49 (40) / 4 28 51 - 154
E-Mail: poststelle@feuerwehr.hamburg.de

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Hamburger Löschfahrzeuge inkl. Rückkaufoptionen und Beladen der Fahrzeuge.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Lieferauftrag

Kauf

NUTS-Code: DE60

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Beschaffung eines Hamburger Löschfahrzeugs (HLF) mit weitergehendem feuerwehrtechnischen Aus- und Aufbau zum HLF (Los 1) inkl. Rückkaufoption in 2012. Der Auftraggeber behält sich die Ziehung der Optionen auf Lieferung von bis zu weiteren 20 Fahrgestellen mit weitergehendem feuerwehrtechnischen Aus- und Aufbau zum HLF inkl. Rückkaufoptionen und Beladen von bis zu 20 Fahrzeugen mit feuerwehrtechnischem Gerät und Ausrüstung bis 2015 vor. Ein Rechtsanspruch des Auftragnehmers auf Ziehung von Optionen besteht nicht.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV): 34144213

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für alle Lose.

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrag**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

21 Fahrzeuge

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

Beschreibung der Optionen: Zur Sicherstellung der Teilhabe an technischen Neuerungen ist eine Rückkaufoption für alle Fahrzeuge mit anzubieten. Mit Erteilung des Zuschlags zu dem Los 1 behält sich der Auftraggeber die Ziehung der Optionen auf Lieferung von bis zu 20 weiteren Fahrgestellen mit weitergehendem feuerwehrtechnischen Aus- und Aufbau zum HLF (Los 1) und zum Beladen von bis zu 20 weiteren Fahrzeugen mit feuerwehrtechnischem Gerät und Ausrüstung (Los 2) bis zum Jahr 2015 vor.

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

Laufzeit: 6 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Siehe Verdingungsunterlagen.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Zahlung erfolgt nach § 17 VOL/B, Abschlagszahlungen nach Anlieferung der Fahrgestelle sind zugelassen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigten Vertreter.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Darlegung der besonderen Bedingungen:

Vom Anbieter sind bisher durchgeführte Projekte vergleichbarer Art und Umfang mindestens der letzten 3 Jahre zu benennen. Es sind ausschließlich Hilfeleistungslöschfahrzeuge HLF 20/16 mit technischer Spezifikation nach DIN 14530 Teil 11 zu nennen. Der Bieter hat mit dem Angebot eine Eigenerklärung zu Verurteilungen und Bußgeldbescheiden abzugeben.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister: –

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: –

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit: –

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

16.05-31 F 06/2012

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 1. August 2012

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 21,15 Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Die Abgabe der Verdingungsunterlagen erfolgt nur nach Eingang der Kostenbeteiligung, die nicht zurückerstattet wird.

Überweisung des Betrages auf das Konto des Auftraggebers bei der

Bundesbank,
Bankleitzahl 200 000 00,
Kontonummer 200 015 80,
IBAN DE11200000000020001580,
BIC/SWIFT: MARKDEF1200.

Bei Überweisung ist als Zahlungsgrund das Kennwort F 06/2012 und die Referenznummer 2245000020578 anzugeben.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

21. August 2012, 14.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 30. Dezember 2012

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**: –

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

25. Juni 2012

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Los-Nr. 1 **Bezeichnung:** HLF mit feuerwehrtechnischen Aus- und Aufbau, inkl. Rückkaufoptionen HLF

1. **Kurze Beschreibung:**

Ein Fahrgestell Löschfahrzeug mit weitergehendem feuerwehrtechnischen Aus- und Aufbau zum HLF, einschließlich der Optionen bis zum Jahr 2015 inkl. Rückkaufoptionen HLF.

2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):** 34144213

3. **Menge oder Umfang:** 21 Stück

4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2 **Bezeichnung:** Beladen der HLF (Option)

1. **Kurze Beschreibung:**

Beladen von bis zu 20 HLF mit feuerwehrtechnischem Gerät und Ausrüstung bis zum Jahr 2015 (Option).

2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):** 34144213

3. **Menge oder Umfang:** 20 Stück

4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Hamburg, den 26. Juni 2012

Die Behörde für Inneres und Sport
– Feuerwehr –

601

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Einkaufs- und Ausschreibungsdienste
Zu Händen von: Frau Christa Trenkle
E-Mail: Christa.Trenkle@fb.Hamburg.de
Telefon: +49/040/4 28 23 - 13 54
Telefax: +49/040/4 28 23 - 13 64

Internet-Adresse:
http://www.finanzbehoerde.hamburg.de

Adresse des Beschafferprofils:
http://www.ausschreibungen.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

Sonstige (siehe Anhang A.II)

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Sonstige (siehe Anhang A.III)

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Lieferung und betriebsfertige Aufstellung von Drehstühlen für den 24-Stunden-Einsatz

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Lieferauftrag

Kauf

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern.

Laufzeit der Rahmenvereinbarung:

Laufzeit in Jahren: 2

Geschätzter Gesamtauftragswert über die Gesamtlaufzeit der Rahmenvereinbarung:

Spanne von 250 000,– Euro bis 350 000,– Euro

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Lieferung und betriebsfertige Aufstellung von Drehstühlen für den 24-Stunden-Einsatz an alle Behörden, Ämter und Dienststellen, vorrangig: an die Behörde für Inneres, insbesondere an die Polizei Hamburg und an die Feuerwehr Hamburg ebenso an die Justizbehörde, insbesondere an die Justizvollzugsanstalten und an die Gerichte.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 39100000
Ergänzende Gegenstände: 39111100

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Ja

Angebote sind möglich für alle Lose.

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Spanne von 250 000,– Euro bis 350 000,– Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

Beschreibung der Optionen: 2 mögliche Verlängerungen des Vertrages um jeweils 12 Monate, wenn nicht einer der Vertragspartner mindestens 6 Monate vor Vertragsende kündigt.

Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen: 12 Monate

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Beginn: 1. Januar 2013
Abschluss: 31. Dezember 2014

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Von allen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Angaben werden ggf. von derVergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung (GewO)überprüft; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandesgefordert.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Um die Eignung des Bieters und ggf. des Unterauftragnehmers/der Unterauftragnehmer in Bezug auf seine wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit beurteilen zu können, muss mit dem Angebot bis zum Ende der Angebotsfrist folgendes eingereicht werden: Referenzen über bisher durchgeführte Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs der letzten drei Jahre. Erklärung des Grundumsatzes der letzten drei Geschäftsjahre.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Um die technische Leistungsfähigkeit des Bieters beurteilen zu können, muss mit dem Angebot bis zum Ende der Angebotsfrist folgendes eingereicht werden: Darstellung des Unternehmens, Distributionsorganisationskonzept, Zertifikat Umweltmanagement ISO 14001 bzw. Vorlage vergleichbarer Bestätigungen vom Hersteller, Zertifikat Qualitätsmanagement EN ISO 9001 bzw. Vorlage vergleichbarer Bestätigungen vom Hersteller.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Preis	50 %
2. Qualität	50 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

2011000118

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 24. Juli 2012, 12.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 5,– Euro

Über das Online-Portal Hamburg-Service (www.gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren und erhalten dort auch dann die Verdingungsunterlagen kostenfrei. Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,– Euro an die

Finanzbehörde Hamburg
Hauptgeschäftsstelle, Zimmer 100,
Postbank Hamburg
Kontonummer 391336-206, BLZ 200 100 20

unter der Projektnummer 2011000122 angefordert oder von Montag bis Freitag von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

8. August 2012, 14.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 28. Dezember 2012

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**: Nein

VI.2) **Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird:** Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**: –

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

27. Juni 2012

ANHANG A
SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**: –

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind:**

Offizielle Bezeichnung:

Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Hauptgeschäftstelle, Zimmer 100

Telefon: +49/040/4 28 23 - 13 80
Telefax: +49/040/4 28 23 - 14 02
E-Mail:
Finanzbehoerde.Poststelle@fb.hamburg.de

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu richten sind:**

Offizielle Bezeichnung:

Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Hauptgeschäftstelle, Zimmer 100

Telefon: +49/040/4 28 23 - 13 80
Telefax: +49/040/4 28 23 - 14 02
E-Mail:
Finanzbehoerde.Poststelle@fb.hamburg.de

IV) **Adresse des anderen öffentlichen Auftraggebers, in dessen Namen der öffentliche Auftraggeber beschafft:** –

ANHANG B
ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Lieferung und betriebsfertige Aufstellung von Drehstühlen für den 24-Stunden-Einsatz

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Drehstühle mit Bezug Polsterstoff der Kategorie A und Ausstattungsvarianten

1) **Kurze Beschreibung:**

Drehstühle mit Bezug Polsterstoff der Kategorie A und Ausstattungsvarianten, z.B ergonomische Ausstatungsvarianten, Polsterbezugalternativen und Zubehör für die Personen-/Nutzergruppe mit einer Körperlänge von 151 cm bis 191 cm mit einem Körpergewicht von 50 bis 150 kg

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 39100000
Ergänzende Gegenstände: 39111100

3) **Menge oder Umfang:** –

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Drehstühle mit Bezug Polsterstoff der Kategorie B

1) **Kurze Beschreibung:**

Drehstühle mit Bezug Polsterstoff der Kategorie B und Ausstattungsvarianten, z.B ergonomische-Ausstatungsvarianten, Polsterbezugalternativen und Zubehör für für die Personen-/Nutzergruppe ab einerKörperlänge von 185 cm und einem Körpergewicht bis zu 150 kg.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 39100000
Ergänzende Gegenstände: 39111100

3) **Menge oder Umfang:** –

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Hamburg, den 27. Juni 2012

Die Finanzbehörde 602

Der nachstehende Konzernabschluss 2011 der HASPA Finanzholding wurde am 25. April 2012 gebilligt.

Konzern-Lagebericht

Rahmenbedingungen

Sorgen um die Staatsschulden
Die Weltwirtschaft konnte im Jahr 2011 den Aufwärtstrend des Vorjahres vielerorts fortsetzen, wobei sich das Wachstumstempo regional erheblich unterschied. Insbesondere asiatische Schwellenländer wie China und Indien wiesen auch weiterhin ein starkes Wachstum auf. Hingegen konnten die USA als weltgrößte Volkswirtschaft trotz starker wirtschaftspolitischer Stützung und expansiver Geldpolitik nur ein Wachstum von 1,7 Prozent erzielen.

Im Euroraum war die hohe Staatsverschuldung mehrerer Randstaaten das beherrschende Thema. Insbesondere Griechenland steckt in einem Teufelskreis aus Rezession, steigendem Einsparbedarf und weiter ansteigenden Schulden. Die anderen Krisenländer Italien, Spanien, Portugal und Irland stehen ebenfalls vor großen Herausforderungen, wobei die Lage dort beherrschbarer erscheint und es teilweise Anzeichen für eine steigende Wettbewerbsfähigkeit gibt. Auch hier führt jedoch die notwendige Haushaltskonsolidierung zunächst einmal zu Nachfragerückgängen.

Infolge von Befürchtungen möglicher Staatsanleihenausfälle sowie des sich daraus ergebenden Bankenrekapitalisierungsbedarfs spannte sich die Lage auf dem Interbankenmarkt ab dem Herbst deutlich an. Vor allem Institute aus den Krisenländern waren auf die Finanzierung durch die Zentralbank angewiesen. Die Europäische Zentralbank (EZB) reagierte, indem sie die im April und Juli vorgenommenen Leitzinserhöhungen Ende des Jahres wieder zurücknahm sowie die Mindestreservepflicht halbierte. Ferner setzte sie die Vollzuteilung auf die Tendergeschäfte sowie ihre umstrittenen Staatsanleihenkäufe zur Stabilisierung der Märkte fort.

Deutschlands Wirtschaft wächst mit abflachender Tendenz
Die deutsche Konjunkturentwicklung ist 2011 durch einen kräftigen Auftakt im ersten Quartal geprägt gewesen, während das Wachstum im weiteren Jahresverlauf – bis hin zu einer leichten Schrumpfung im vierten Quartal – deutlich abgenommen hat. Für das Gesamtjahr ergibt sich nach der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 3 Prozent. Die Investitionstätigkeit und der private Konsum stellten dabei die Haupttriebfedern des deutschen Wachstums dar. Aber auch der Export hat sich positiv entwickelt.

Der abflachende Trend ist auch durch die Verunsicherungen der Staatsschuldenkrise hervorgerufen worden. Anders als die Krisenländer konnte Deutschland jedoch sein staatliches Finanzierungsdefizit auf 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts senken und hält somit wieder die Maastricht-Kriterien ein, die in den beiden Jahren zuvor verfehlt wurden.

Erneut erfreulich hat sich der deutsche Arbeitsmarkt entwickelt. Nachdem im Vorjahr durch den Aufschwung insbesondere die Kurzarbeit zurückgeführt wurde, kam es 2011 wieder vermehrt zu Neueinstellungen. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg auf über 41 Millionen und erreichte somit einen absoluten Höchststand. Spiegelbildlich sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 Prozent.

Mit einer Inflationsrate von 2,3 Prozent in Deutschland bzw. 2,7 Prozent im Euroraum wurde das Zielniveau der EZB von „unter, aber nahe bei 2 Prozent“ überschritten. Die Preissteigerung ist jedoch nicht primär monetär verursacht, sondern Sondereffekten wie höheren Energie- und Rohstoffpreisen geschuldet. Dennoch muss die EZB die Preisstabilität vor dem Hintergrund ihres hohen geldpolitischen Expansionsgrades wachsam im Auge behalten.

Wirtschaftswachstum in Hamburg
In Hamburg stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2011 um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, das sind 1,8 Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt. Das im Vergleich zu Deutschland unterdurchschnittliche Wachstum erklärt sich durch die Wirtschaftsstruktur. Der Wachstumsrückgang während der Wirtschaftskrise war im dienstleistungsgeprägten Hamburg nicht so stark wie in anderen wirtschaftlich eher industriell geprägten Bundesländern. Das zwar abgeschwächte, aber deutliche Wirtschaftswachstum Hamburgs

im ersten Halbjahr resultierte zu einem Großteil aus dem Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe, während die Dienstleistungsbranchen – wie auch insgesamt auf Bundesebene – ein verhaltenes Wachstum zeigten. Das Hamburger Konjunkturbarometer der Handelskammer Hamburg hat im dritten und vierten Quartal 2011 gezeigt, dass deutlich mehr der befragten Hamburger Unternehmen ihre Geschäftslage als gut denn als schlecht beurteilen. Die Personal- und Investitionsplanungen sind weiterhin expansiv ausgerichtet. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte in Hamburg 2011 um rund 3 Prozent zugenommen haben.

Dass Hamburgs Wirtschaft weiterhin wächst, zeigt zudem die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts. Im Jahresdurchschnitt 2011 waren 72.500 Hamburger arbeitslos gemeldet, ein Rückgang um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg ist um 1,1 Prozent gestiegen.

Konzernstrategie

Klare Ausrichtung der HASPA-Gruppe

Die HASPA Finanzholding hat in ihrer besonderen Rechtsform als juristische Person alten hamburgischen Rechts – mit Fokus auf die Gruppenentwicklung und das Beteiligungsmanagement – dauerhaft die Verpflichtung, Sparkassengeschäft im Wirtschaftsraum Hamburg sicherzustellen. Diese in ihrer Satzung festgelegte Aufgabe ist damit verbindlicher Maßstab und Grenze von Geschäftsausrichtung und Strategie der HASPA Finanzholding. Die HASPA Finanzholding hat als Kernziel, den Konzern so zu positionieren, dass die Unabhängigkeit im Sinne einer strategischen Handlungsfähigkeit langfristig gesichert ist. Die Gestaltung des Konzerns und das mit diesem Fokus betriebene Beteiligungsmanagement stehen im Mittelpunkt des Handelns.

Kern der Sicherung der Unabhängigkeit der HASPA Finanzholding ist das erfolgreiche Sparkassengeschäft in der Metropolregion Hamburg. Dieses wird durch die Hamburger Sparkasse AG als zentralem Tochterunternehmen der HASPA Finanzholding betrieben. Wir unterstützen die Hamburger Sparkasse AG, die erneut ihre Position als Marktführer in der Region behaupten konnte, darin, weiterhin profitabel zu wachsen und somit die Sparkassenidee langfristig zu sichern.

Das Bestreben der HASPA Finanzholding ist es darüber hinaus, die Sparkassenidee auch außerhalb Hamburgs zu erhalten. Hierfür strebt die HASPA Finanzholding – vor dem Hintergrund immer weiter zusammenwachsender Wirtschaftsräume – die Ausweitung von strategischen Partnerschaften mit Sparkassen in Norddeutschland an. Die Bewältigung aktueller Herausforderungen, der Erhalt von Wettbewerbsvorteilen sowie die Minderung von Wettbewerbsnachteilen innerhalb der Sparkassenorganisation sind dabei von elementarer Bedeutung und erfordern starke Verbünde.

Die HASPA Finanzholding bietet kapitalunterlegte Kooperationen an und ist ein starker Partner. Durch die Kapitalunterlegung, das heißt die finanzielle Beteiligung, wird das Eigenkapital und somit die Geschäftsgrundlage der Sparkassen vor Ort gestärkt. Sie ist zugleich Ausdruck von Verbindlichkeit und Dauerhaftigkeit der Zusammenarbeit. Mittels Kooperationsleistungen aus dem Angebot der HASPA-Gruppe, die arbeitsteilige Strukturen der Sparkassenorganisation ergänzen sollen, werden die Wettbewerbsvorteile im Sparkassengeschäft wie regionale Verwurzelung, Marktkenntnis, flächendeckende Präsenz, menschliches Banking und eine starke Marke erhalten und zugleich Nachteile aus der Dezentralität vermindert. Dafür gilt es, Strukturen auf- und auszubauen, die zu einer weiteren Stärkung der strategischen Partnerschaften führen, um mit gebündelten Kräften die Herausforderungen des Marktes bewältigen zu können.

Die HASPA Finanzholding ist in den vergangenen Jahren Minderheitsbeteiligungen an den schleswig-holsteinischen freien Instituten, nämlich der Sparkasse Mittelholstein AG in Rendsburg, der Sparkasse zu Lübeck AG, der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG sowie der Bordesholmer Sparkasse AG eingegangen. In regional verankerten Sparkassen mit fester Verwurzelung auch des Mehrheitsgesellschafters liegt eine besondere Verantwortung in einem sich stark wandelnden Markt-, Wettbewerbs- und regula-

torischen Umfeld bei dem Management vor Ort und dem Mehrheitsgesellschafter. Als Minderheitsgesellschafter begleitet die HASPA Finanzholding darüber hinaus die Partnersparkassen aktiv und ermöglicht diesen im Rahmen von kapitalunterlegten Kooperationen, betriebswirtschaftliche Vorteile durch Nutzung von Kostensynergien und Ertragspotenzialen aus der vielfältigen Zusammenarbeit in unterschiedlichen Feldern mit der Hamburger Sparkasse AG sowie anderen Unternehmen der HASPA-Gruppe zu erzielen. Die Zusammenarbeit verläuft aber nicht nur in eine Richtung. Auch die HASPA-Gruppe profitiert zum Beispiel vom Spezialwissen ihrer Partnerinstitute sowie von Erträgen und Kostenersparnis.

Weitere Beteiligungen der HASPA Finanzholding integraler Bestandteil der Konzernstrategie
Neben der Ausrichtung der HASPA-Gruppe auf das Retailbanking mit dem Ziel der Sicherung der Sparkassenidee durch die Beteiligung an der Hamburger Sparkasse AG sowie an Sparkassen in Schleswig-Holstein dienen auch die weiteren Beteiligungen diesem Ziel. Die Sicherung der Sparkassenidee wird durch die einzelnen Beteiligungsunternehmen auf unterschiedliche Weise unterstützt. Eine eher unmittelbare Unterstützung ergibt sich durch diejenigen Unternehmen, die mit den Sparkassen in direkten Leistungsbeziehungen für Produkte oder Dienstleistungen stehen. Eine eher mittelbare Unterstützung erfolgt durch diejenigen Unternehmen, die in angrenzenden Geschäftsfeldern die Angebote gegenüber sparkassentypischen Kunden erweitern. Die HASPA Finanzholding begleitet diese Unternehmen aktiv mit dem Ziel, bestehende Leistungsbeziehungen zum gegenseitigen Nutzen zu optimieren und gegebenenfalls auszubauen sowie die Geschäftsmodelle wachstumsorientiert weiterzuentwickeln.

Nicht nur zwischen den Bundesländern Hamburg und Schleswig-Holstein sowie zwischen der HASPA-Gruppe und den Partnersparkassen gibt es seit Jahren eine intensive Zusammenarbeit, einbezogen ist dabei auch der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein (SGVSH). Gemeinsam mit diesem ist die HASPA Finanzholding an der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG (LBS) beteiligt. Für die LBS ist die Unterstützung der weiteren Stärkung der Verbundpartnerschaft mit ihren Vertriebspartnern, den Sparkassen in Schleswig-Holstein und Hamburg, ein zentrales Element der Weiterentwicklung.

Ein weiteres Gemeinschaftsunternehmen der HASPA Finanzholding und des SGVSH sowie der Finanzholding der Sparkasse in Bremen ist die NRS Norddeutsche Retail-Service AG (NRS), die Stabs- und Backoffice-Dienstleistungen für Sparkassen in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachen erbringt. Die NRS bietet Leistungen an, die vom Kreditservice über Marktservice und Zahlungsverkehr bis hin zu Dienstleistungen in Finanzen und Controlling reichen. Aufgrund der fortgeschrittenen Marktreife des beleghaften Zahlungsverkehrs wurde die Tochtergesellschaft ZVS Zahlungsverkehrs- und Transaktionsgesellschaft mbH (ZVS) im Rahmen des laufenden Konsolidierungsprozesses von Backoffice-Dienstleistern an die Deutsche Servicegesellschaft für Finanzdienstleistungen mbH (DSGF) veräußert. Auch nach dem Verkauf der Anteile der ZVS tritt die NRS mit ihrem bisherigen, breiten Leistungsangebot im Markt auf.

Ferner unterstützen die neue leben-Gesellschaften als Produktlieferanten sowie die HLS Hamburger Logistik Service GmbH als kompetenter Dienstleister für die Cash-Logistik mit ihren Angeboten die Hamburger Sparkasse AG. Die NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG (Nord-IMMO), die Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH sowie die GBG Hansegrund GmbH heben mit der Bündelung der Immobilienverwalter-Aktivitäten innerhalb der HASPA-Gruppe nicht nur Effizienz- und Synergiepotenziale entlang der Wertschöpfungskette, sondern runden durch qualifizierte Angebote auch das Dienstleistungsspektrum rund um die Immobilie ab. Dies gilt vergleichbar für die Grossmann & Berger GmbH, die mit ihrer Tätigkeit als Immobilienmakler zudem wertvolle Anknüpfungspunkte für das Baufinanzierungsgeschäft der Hamburger Sparkasse AG bietet. Die HASPA Finanzholding begleitet aktiv die Strategie von Grossmann & Berger, die auf konsequente Expansion mit entsprechenden Marktanteilsgewinnen ausgerichtet ist – sei es in der Hamburger

Kernregion oder selektiv darüber hinaus. Zur Unterstützung dieses Expansionspfades werden auch kontinuierlich Optionen geprüft, die lokale Präsenz weiter auszubauen.

Strategische Entwicklung der HASPA-Gruppe
Die HASPA Finanzholding verfolgt das Ziel, die Sparkassenidee in einem starken Sparkassensektor in Norddeutschland langfristig abzusichern. Vor diesem Hintergrund strebt die HASPA Finanzholding die Ausweitung der kapitalunterlegten Kooperationen in Norddeutschland an. Sie ist der natürliche Partner auch der öffentlich-rechtlichen Sparkassen im Norden. Zum einen aufgrund der regionalen Nähe, die sich in den weiter zusammenwachsenden Wirtschaftsräumen Schleswig-Holstein und Hamburg widerspiegelt. Zum anderen aber auch durch die gleichen Werte und Wurzeln, die die Sparkassen, deren Träger und die HASPA Finanzholding verbinden. Ergänzend zu den bundesweit zur Verfügung stehenden Leistungen der Sparkassen-Finanzgruppe eröffnet dies den Sparkassen in Norddeutschland die Möglichkeit, auch auf regionaler Ebene die horizontale Zusammenarbeit in der Sparkassenorganisation zu intensivieren.

Aktives Beteiligungsmanagement bei Tochtergesellschaften im Sinne der Konzernstrategie
Die Nord-IMMO erbringt Dienstleistungen im Bereich des Immobilien-Managements sowohl für den eigenen Bestand als auch für Dritte. Die Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren – unter strategischer Begleitung durch die HASPA Finanzholding – vom Bestandshalter zu einem professionellen Immobilien-Management-Unternehmen entwickelt, das seinen Kunden umfassende Immobilien-Dienstleistungen aus einer Hand bietet. Parallel wurden wie im Vorjahr für den Eigenbestand ausgewählte Objekte mit überdurchschnittlichem Potenzial erworben.

Innerhalb der HASPA-Gruppe bieten neben der Nord-IMMO auch die GBG Hansegrund GmbH sowie die Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH Dienstleistungen im Bereich des Immobilien-Managements an. Im Rahmen der Neuordnung der Immobilien-Management-Aktivitäten wurden im vergangenen Jahr weitere effizienzerhöhende Maßnahmen umgesetzt und zunehmende Erfolge bei der Neukundengewinnung erzielt. Unterstützt wird diese Entwicklung durch den konzerninternen Erwerb wesentlicher Anteile an der GBG Hansegrund GmbH durch die HASPA Finanzholding mit Wirkung zum 01.01.2012, wodurch die Gesellschafterstruktur der immobilienverwaltenden Beteiligungen harmonisiert und die Voraussetzungen zur Hebung von Synergien innerhalb des Immobilien-Managements deutlich verbessert werden. Zusätzlich wurde auch die Geschäftsführung der Gesellschaften personell verstärkt und weitgehend vereinheitlicht. Auf dieser Basis wird das Management gemeinsam mit der HASPA Finanzholding die Organisations-, Produktions- und Vertriebsstrukturen der Immobiliengesellschaften weiterentwickeln und das Immobilien-Management – perspektivisch unter einem neuen vereinheitlichten Marktauftritt – ausbauen, um die Wachstumsziele zu erreichen.

Die Geschäftsstrategie unseres Immobilienmaklers, der Grossmann & Berger GmbH, basiert im Kern auf zwei Säulen: dem Bereich Gewerbeimmobilien als dem historischen Kerngeschäft des Unternehmens sowie dem gemeinsam mit der HASPA Finanzholding in den letzten Jahren erfolgreich etablierten Bereich Wohnimmobilien. Der Heimatmarkt ist Hamburg. Strategisch soll die regionale Marktführerschaft im Bereich Gewerbeimmobilien bei gleichzeitiger Stärkung der Marke Grossmann & Berger jedoch auch überregional selektiv ausgebaut werden. Vor diesem Hintergrund erwarb Grossmann & Berger Anfang 2012 die Johs. Reese Immobilien Consulting GmbH, die als Beratungsunternehmen in den Geschäftsbereichen Investmentberatung und Vermietungskoordination / Eigentümervertretung mit Fokus auf den Berliner Markt tätig ist. Auch im Bereich Wohnimmobilien ist Grossmann & Berger gut positioniert. Ein zentraler Bestandteil der Wachstumsstrategie ist die Ausdehnung der Aktivitäten über die Hamburger Stadtgrenzen hinaus. So steht Grossmann & Berger den Hamburgern und den mit Hamburg verbundenen Menschen außer am Stammsitz an derzeit neun weiteren Standorten, davon einer in Kampen / Sylt, mit einem umfassenden Dienstleistungsangebot zur Verfügung. In 2012 soll der Wachstumskurs durch

Konzern-Lagebericht

die Eröffnung weiterer Immobilienshops auch außerhalb Hamburgs fortgeführt werden. Außerdem wird Grossmann & Berger eine neue Niederlassung in Berlin eröffnen, um in allen Geschäftsbereichen in der Metropole mit einem umfassenden Dienstleistungsportfolio präsent zu sein.

Die Kunden der Hamburger Sparkasse AG können somit auf professionelle Dienstleistungen rund um die Bereiche Immobilienkauf, -verkauf und -management zurückgreifen und von der Entwicklung zunehmender überregionaler Expertise bei gleichzeitig starker lokaler Verankerung profitieren.

Die auf Geld- und Werttransporte spezialisierte Logistiktochter HLS Hamburger Logistik Service GmbH unterstützen wir intensiv dabei, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und ihre Marktpräsenz weiter auszubauen. Im vergangenen Jahr konnten zwei wesentliche Meilensteine erreicht werden. Zum einen wurden langfristige Rahmenverträge mit der Hamburger Sparkasse AG abgeschlossen und so ein solides Fundament für weitere Wachstumsziele in der Region geschaffen. Zum anderen konnte mit der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg ein weiteres Kreditinstitut aus dem Hamburger Umland als Neukunde gewonnen werden. Zur weiteren Marktdurchdringung in der Metropolregion Hamburg und zur Erreichung von Größendegressionseffekten sollen auch in 2012 zusätzliche Drittkunden aus der Finanzdienstleistungs- und Einzelhandelsbranche gewonnen werden. Damit werden auch die Beschäftigungsperspektiven für die Mitarbeiter nachhaltig gefestigt.

Die KGAL GmbH & Co. KG ist einer der größten deutschen Fondsinitiatoren und einer der wenigen Anbieter, der sich bereits seit vielen Jahren unter den Top-5-Emissionshäusern nach Platzierungsvolumen etablieren konnte. Ihre besondere Fondsmanagement-Qualität wurde nach 2009 und 2010 auch in 2011 von den Ratingagenturen Feri und SCOPE durch die Vergabe von Höchstwerten bestätigt. Darüber hinaus zählt SCOPE KGAL-Fonds zu den Top-3-Produkten in den Kategorien „Immobilien Ausland“, „Aviation“ und „Innovation“. In sich stark verändernden Fondsmärkten und bei steigenden regulatorischen Anforderungen streben wir eine Stärkung der Wettbewerbsposition der KGAL gemeinsam mit den Mitgesellschaftern an.

Die HASPA Finanzholding arbeitet auch im Rahmen ihres gruppenweiten Risikomanagements eng mit den Tochterunternehmen zusammen. Als Kompetenzcenter erbringt sie darüber hinaus umfangreiche Dienstleistungen insbesondere auf den Gebieten der steuerlichen, rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Beratung. So übernimmt die HASPA Finanzholding die Steuer- und Rechtsberatung für alle Konzerntöchter.

Geschäftsverlauf der HASPA-Gruppe

Entwicklung des Jahresüberschusses
Die HASPA-Gruppe konnte im Geschäftsjahr 2011 einen zufriedenstellenden Konzern-Jahresüberschuss von gut 75 Millionen Euro erzielen, der durch eine wiederum konservative Bewertung, eine gegenüber dem Vorjahr erhöhte Vorsorge für künftige mögliche Risiken in Folgejahren und die Abschirmung einiger Beteiligungswertansätze zur Optimierung unserer Risikostruktur geprägt ist. Das Konzernergebnis und dessen Entwicklung wird im Wesentlichen durch die Ergebnisse der nachfolgend dargestellten Konzernunternehmen bestimmt.

Gute Vermögens- und Finanzlage
Die Konzern-Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Milliarden Euro auf 40,6 Milliarden Euro. Diese Ausweitung ist vornehmlich auf das gewachsene Einlagen- und Kreditgeschäft der Hamburger Sparkasse AG zurückzuführen.

Die Eigenkapital-Ausstattung der HASPA-Gruppe stellt sich mit einer Kernkapitalquote von 10,7 Prozent und einer Gesamtkapitalquote von 12,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert dar. Unsere Kapitalausstattung ist weiterhin eine gute Grundlage für ein unabhängiges und nachhaltiges Wachstum der HASPA-Gruppe. Die HASPA-Gruppe erfüllt auf Basis der heutigen Risiko- und Kapitalpositionen bereits die strengeren zukünftigen Eigenkapitalanforderungen nach „Basel III“.

Die Liquiditätslage der HASPA-Gruppe, die sich auch in der Kapitalflussrechnung widerspiegelt, ist vor dem Hintergrund der Refinanzierungs- und Anlagestruktur bei einem hohen Bestand an Passivmitteln aus dem Kundengeschäft der Institute als komfortabel zu bezeichnen. So tritt die Hamburger Sparkasse AG auch in Zeiten angespannter Geldmärkte aufgrund ihrer guten Mittelausstattung am Bankenmarkt weiterhin primär als Geldgeber auf. Zudem werden hochliquide Wertpapiere als Liquiditätsreserve gehalten.

Entwicklung wichtiger Unternehmen der HASPA-Gruppe

Hamburger Sparkasse AG – zufriedenstellendes Jahresergebnis trotz herausforderndem Umfeld
Das Betriebsergebnis vor Bewertung der Hamburger Sparkasse AG ist im Jahr 2011 durch um 6 Millionen Euro höhere Erträge sowie um 32 Millionen Euro gestiegene Aufwendungen – auch infolge einer IT-Migration – geprägt. Der Rückgang im Betriebsergebnis vor Bewertung wird durch ein spürbar günstigeres Bewertungsergebnis sowie geringere Steueraufwendungen überkompensiert, so dass insgesamt ein zufriedenstellendes Jahresergebnis ausgewiesen wird.

Der Zinsüberschuss lag mit 770 Millionen Euro geringfügig über dem bereits hohen Vorjahresniveau. Das Kundengeschäft blieb auf Wachstumskurs und trug unverändert den größten Teil zum Zinsüberschuss bei. Hier konnten sowohl die aktivischen als auch die passivischen Bestände ausgeweitet und damit der Grundstein für zukünftige Erfolge gelegt werden. Daneben fällt der Fristentransformationsbeitrag für das Geschäftsjahr positiv aus, liegt jedoch unter dem Wert des Vorjahres. Mit knapp 77 Prozent leistete das Zinsergebnis nach wie vor den dominierenden Beitrag zum Rohertrag als Summe von Zins- und Provisionsüberschuss.

Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich aufgrund der Unsicherheiten am Kapitalmarkt im Wesentlichen Rückgänge bei den Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft. Die Beiträge der weiteren Provisionen haben sich in Summe leicht positiv entwickelt, so dass der Provisionsüberschuss insgesamt nur leicht um knapp 2 Prozent oder rund 4 Millionen Euro auf 235 Millionen Euro zurückging.

Der Aufwand bis zum Betriebsergebnis vor Bewertung hat sich in Summe gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 32 Millionen Euro oder gut 4 Prozent auf rund 779 Millionen Euro erhöht. Dabei ist der Personalaufwand – trotz Neueinstellungen und Gehaltssteigerungen – nur um gut 7 Millionen Euro oder 2 Prozent auf 347 Millionen Euro gestiegen, da verschiedene zentrale Personalaufwandspositionen geringer ausfielen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um gut 5 Millionen Euro auf knapp 92 Millionen Euro. Zum einen zeigten sich hier die Aufwendungen aus der jährlichen Neuberechnung der Pensionsrückstellungen leicht erhöht, zum anderen belastete auch die erstmalig abgeführte Bankenabgabe die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit knapp 2 Millionen Euro. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sowie die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind insgesamt um rund 19 Millionen Euro auf gut 340 Millionen Euro gestiegen. Dieser Anstieg ist insbesondere auf umfangreiche Investitionen in die IT-Systeme zurückzuführen. Zu Beginn des zweiten Halbjahres wurden die IT-Systeme vollständig auf eine eigene Umgebung migriert; nach anfänglichen Schwierigkeiten laufen die Systeme stabil. Die in diesem Zusammenhang planmäßig angefallenen Projektaufwendungen sind die wesentliche Ursache für den Anstieg bei den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie den genannten Abschreibungen und Wertberichtigungen. Durch die Migration wurde der Grundstein gelegt, um zukünftig flexibler zu sein und von moderateren Kostenentwicklungen profitieren zu können.

Die Ansätze der Hamburger Sparkasse AG im Bewertungsergebnis sind in Summe – wie im Vorjahr – als konservativ zu bezeichnen. So werden die Wertpapier-Eigenanlagen nach wie vor ausschließlich nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beachtung des Wertaufholungsgebots bewertet. Insgesamt ist das Bewertungsergebnis nochmals deutlich freundlicher als im Vorjahr. Im Einzelnen steht einer deut-

Konzern-Lagebericht

lich günstigeren Vorsorge im Kreditgeschäft ein leicht ungünstigeres Bewertungsergebnis Wertpapiere gegenüber. Ein großer Teil des Bewertungsergebnisses ist auch auf eine weiter aufgestockte Vorsorge für künftige mögliche Risiken oder Anforderungen in den Folgejahren zurückzuführen.

Das außerordentliche Ergebnis beträgt minus 10,5 Millionen Euro und geht ausschließlich auf die Aufwendungen aus der BilMoG-Übergangsregelung zu den Pensionsrückstellungen zurück.

Nach einem gesunkenen Steueraufwand von 69 Millionen Euro liegt das Jahresergebnis von 80 Millionen Euro um eine Million Euro über dem Vorjahr und wird aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die HASPA Finanzholding weitergegeben.

Die Hamburger Sparkasse AG wird auch künftig ihre bisherige Strategie in der Metropolregion Hamburg kontinuierlich weiterentwickeln. Alle Aktivitäten bleiben auf die Privat-, Individual- und mittelständischen Firmenkunden sowie das mehrfach ausgezeichnete Private Banking ausgerichtet. Aufgrund der konsequenten Fokussierung auf das Retailgeschäft mit einer umfassenden Betreuung der Kunden wird mit einer weiteren Erhöhung der Kundeneinlagen und insbesondere der Kreditbestände gerechnet, was sich voraussichtlich in einem weiter wachsenden Zinsüberschuss niederschlagen wird. Daneben kommt auch die durch die HASPA Finanzholding Anfang 2012 zugeführte nennenswerte Aufstockung des Eigenkapitals dem Zinsüberschuss zugute. Beim Provisionsüberschuss wird ebenfalls mit einer deutlichen Zunahme gerechnet. Trotzdem prognostiziert die Hamburger Sparkasse AG für 2012 aufgrund von steigenden Aufwendungen für eine bundesweite Einlagensicherung sowie höheren Personalaufwendungen ein niedrigeres Betriebsergebnis vor Bewertung. Im Jahr 2013 wird dieses voraussichtlich wieder über dem Niveau des Berichtsjahres liegen. Auch die Eigenkapitalrendite wird im Jahr 2012 niedriger, im Jahr 2013 hingegen höher als im Berichtsjahr erwartet.

NRS Norddeutsche Retail-Service AG mit steigenden Herausforderungen im Markt für Outsourcing
Die NRS bildet mit ihren Tochterunternehmen Kredit-Service-Center GmbH (KSC) und NRS Consulting GmbH die NRS-Gruppe, die zum Stichtag rund 1.100 Mitarbeiter an den Standorten Hamburg, Bremen und Neumünster sowie in einer Dependance in Lübeck beschäftigt. Bis zum 31.05.2011 hielt die NRS auch eine Beteiligung von 90 Prozent an der ZVS Zahlungsverkehrs- und Transaktionsgesellschaft mbH, die an die DSGF veräußert wurde. Auf diese Weise sollen ein hochwertiges und kosteneffizientes Leistungsangebot sowie der Standort und die Arbeitsplätze in Hamburg gesichert werden. Denn in einem insgesamt rückläufigen Markt der Belegverarbeitung ist eine weitere Mengenbündelung erforderlich, um die Größenvorteile der Kostendegression realisieren zu können. Dies ist mit der DSGF als dem größten Zahlungsverkehrsdienstleister des deutschen Sparkassensektors möglich.

Die NRS-Gruppe bündelt für Sparkassen Marktfolge- und Stabsfunktionen in den Bereichen Finanzen und Controlling, Kreditservice, Marktservice und Produktionsservices. Darüber hinaus unterstützt die NRS mit ihrem Geschäftsbereich Consulting die Sparkassen bei IT-Migrationen und bei Prozessoptimierungen bzw. -industrialisierung. Damit bietet die NRS einen optimierten bankfachlichen Komplett-Service aus einer Hand. Aus ihrem umfassenden Leistungsspektrum heraus kann die NRS individuelle Lösungen zusammenstellen und verwirklicht somit einen Wettbewerbsvorteil für ihre Mandanten.

Der Umsatz der NRS-Gruppe steigt – bereinigt um die ZVS – um 7,5 Millionen Euro auf 84,6 Millionen Euro. Diese Umsatzzuwächse sind neben einer erfreulichen Entwicklung im Bestandsgeschäft – durch Zusatzleistungen sowie temporäre Unterstützung bei der IT-Migration der Hamburger Sparkasse AG – auch auf den neuen Geschäftsbereich Produktionsservices zurückzuführen. Im Ergebnis hat die NRS einen Bilanzgewinn in Höhe von 4,4 Millionen Euro erzielt. Dieser ist auch von Sondereffekten wie der Veräußerung der ZVS geprägt. Die Ausschüttung beträgt 1,6 Millionen Euro, die HASPA Finanzholding

vereinnahmt den auf sie entfallenden Teil von knapp 1 Million Euro phasengleich in 2011.

Nachdem in den vergangenen Jahren die strategische Bedeutung von Outsourcing durch immer mehr Banken und Sparkassen erkannt wurde, zeigt sich angesichts der remanenten Kapazitäten bei Outsourcingmaßnahmen, der fortschreitenden IT-Unterstützung sowie der bestehenden Umsatzsteuer-Problematik, dass das Marktvolumen für Backoffice-Dienstleistungen derzeit stagniert.

Für das kommende Geschäftsjahr wird kein weiteres Umsatzwachstum erwartet. Mögliche Kapazitätsüberhänge sind strukturbedingt nicht kurzfristig vollständig abbaubar und werden das Ergebnis vorübergehend belasten. Insgesamt wird für das Jahr 2012 ein leicht negatives Ergebnis erwartet. Ein Mandant hat sich entschieden, die Leistungsscheine nicht mehr zu verlängern und die bisherigen Leistungen der NRS-Gruppe in Eigenregie fortzuführen. Dies wird voraussichtlich in 2013 zu einem bedeutsamen Rückgang der Umsatzerlöse führen und möglicher Restrukturierungsaufwand dürfte das Ergebnis vorübergehend belasten. Die Leistungserbringung für die verbleibenden Mandanten ist weiterhin rentabel, so dass davon ausgegangen werden kann, auch bei einem geringeren Umsatzniveau in den Folgejahren ein positives Ergebnis zu erzielen.

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG mit anhaltend hohem Neugeschäft

Vor dem Hintergrund eines anhaltend günstigen Bausparklimas sowie eines weiterhin hohen Wachstums der Wohnungsbauinvestitionen lag der Bausparumsatz der LBS im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 nur leicht unter dem sehr guten Wert des Vorjahres.

Die LBS hat im Berichtsjahr Bausparneuverträge mit einer Bausparsumme von 1,7 Milliarden Euro abgesetzt, 0,8 Prozent weniger als im Jahr 2010. Der summenbezogene Marktanteil im gesamten Geschäftsgebiet ist gegenüber dem Vorjahreswert von 34,2 Prozent auf 33,5 Prozent zurückgegangen. Im Marktbereich Schleswig-Holstein blieb der Marktanteil mit 28,7 Prozent unverändert, während er im Marktbereich Hamburg nach 44,1 Prozent im Vorjahr bei 41,9 Prozent lag. Der Vermittlungsanteil der Hamburger Sparkasse AG belief sich dabei auf 46 Prozent, der Anteil der schleswig-holsteinischen Sparkassen auf 41 Prozent und der eigene Außendienst trug mit einem Vertriebsanteil von 13 Prozent zum Absatzerfolg bei. Zum Jahresende betreute die LBS insgesamt 458.607 Verträge mit einer verwalteten Bausparsumme von 13,4 Milliarden Euro, die sich damit leicht um 2,9 Prozent erhöht hat.

Das Kreditneugeschäft ist im Vergleich zum Vorjahr insgesamt rückläufig. Zwar legten die Bewilligungen kollektiver Baudarlehen leicht um 0,7 Prozent auf 111,2 Millionen Euro zu, dagegen nahmen die Bewilligungen im außerkollektiven Kreditgeschäft um 23,8 Prozent auf 90,4 Millionen Euro ab.

In einem insgesamt intensiven Wettbewerbsumfeld im Bausparmarkt hat die LBS im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 in Summe ein zufriedenstellendes Jahresergebnis erzielt. Der Zinsüberschuss von 54,6 Millionen Euro blieb mit 0,4 Millionen Euro nur leicht unter Vorjahresniveau. Das Provisionsergebnis lag bei minus 4,3 Millionen Euro und damit 2,7 Millionen Euro ungünstiger als im Vorjahr. Die Veränderung ist zum einen auf die hohe Zielerreichung des LBS-Außendienstes in Schleswig-Holstein, zum anderen auf die Vergütung von Qualitätskomponenten im zugeführten Geschäft zurückzuführen. Der Verwaltungsaufwand lag mit 36,4 Millionen Euro um 0,9 Millionen Euro über dem Vorjahr, hierin enthalten sind Sondereffekte bei der Bildung von Personalrückstellungen. Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich um 1,5 Millionen Euro auf minus 0,3 Millionen Euro verbessert. Es wird geprägt durch Sondereffekte und den niedrigeren Aufzinsungsaufwand für Pensionsrückstellungen. Insgesamt hat sich das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr um 15,7 Prozent auf 13,6 Millionen Euro vermindert. Nach Bewertungsergebnis und Steuern wird ein Jahresüberschuss von 7,7 Millionen Euro ausgewiesen, der vollständig an die Gesellschafter ausgeschüttet werden soll.

Konzern-Lagebericht

Die LBS geht davon aus, dass Bausparen nach wie vor einen sehr guten Ruf in der Bevölkerung genießt. Bausparen hat sich während der Finanzmarktkrise als Produkt mit hoher Sicherheit und Zuverlässigkeit bewährt. Zudem sorgen die durch die Staatsschuldenkrise ausgelösten Turbulenzen an den Geld- und Kapitalmärkten und die Diskussionen über die Geldwertstabilität für eine zunehmende Bedeutung von Sachwerten. Neben dem Schwerpunkt der Immobilienfinanzierung insbesondere durch bausparunterlegte Baukredite der Sparkassen bietet auch der Modernisierermarkt günstige Perspektiven. Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Energiepreise ist vor allem für energetische Maßnahmen, zum Beispiel durch den Einsatz regenerativer Energien oder durch energieeinsparende Sanierungen, ein breiter Markt vorhanden, für den die LBS zielgruppenspezifische Finanzierungsmodelle anbietet.

Für das Geschäftsjahr 2012 rechnet die LBS daher mit einem Neugeschäft von rund 1,9 Milliarden Euro und damit einem konsequenten Ausbau der Marktposition. Die LBS hat im Dezember 2011 ihre Produktpalette neu ausgerichtet und unter dem Motto „Bewährtes noch besser machen – Neues ergänzen“ mit einer neuen Tarifgeneration gestartet, die genau passende Angebote für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kunden in ihren verschiedenen Lebensphasen bietet. Zusammen mit der in 2010 eingeführten und in 2011 weiterentwickelten Vertriebsstruktur sollte sich dies mit Blick auf die strategische Stoßrichtung „40 plus“ günstig auswirken.

neue leben Holding AG mit leicht steigendem Bilanzgewinn

Nachdem die HASPA-Beteiligungsquote an der neue leben Holding AG Anfang 2011 auf 23,2 Prozent erhöht wurde, wird die Gesellschaft als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Dadurch schlägt sich der Gewinn der Gesellschaft nunmehr phasengleich im Konzernergebnis nieder. Die Anteilserhöhung um 4,2 Prozentpunkte ergab sich aus der seit längerem vorgesehenen Übernahme von Anteilen anderer Sparkassen.

Der Bilanzgewinn der neue leben Holding AG stieg im Geschäftsjahr 2011 um 0,7 Millionen auf 21,1 Millionen Euro an. Diese Entwicklung ist insbesondere auf einen leicht wachsenden Bestand im Restschuldgeschäft, eine stabile Entwicklung des Kapitalanlageergebnisses und einen günstigen Schadensverlauf in der Unfallversicherung zurückzuführen.

Die neue leben Lebensversicherung AG konnte im Geschäftsjahr 2011 ihre Wettbewerbsposition stärken. Auch in den nächsten Jahren wird eine langfristige Sicherung profitablen Wachstums, hohe Kosteneffizienz sowie exzellente Produktqualität angestrebt.

Auch 2012 erhalten Kunden der neue leben Lebensversicherung AG mit 5,05 Prozent eine im Marktvergleich überdurchschnittlich hohe Gesamtverzinsung. Die neue leben Lebensversicherung AG reagiert mit einer leichten Anpassung von 0,2 Prozentpunkten auf die Erfordernisse des anhaltend niedrigen Zinsumfeldes. Wesentliche Gründe für die gute Gesamtverzinsung sind neben einer nachhaltigen Kapitalanlagepolitik insbesondere die Finanzstärke und Kostenstruktur der Gesellschaft.

Grossmann & Berger GmbH setzt Wachstumskurs in einem freundlichen Marktumfeld fort

Unsere Maklertochter Grossmann & Berger GmbH konnte Umsatz und Ergebnis im dritten Jahr in Folge deutlich steigern. Dies reflektiert einerseits die positive Marktsituation auf dem Gewerbe- und Wohnimmobilienmarkt, andererseits die gute Marktposition in Hamburg. Die Marke Grossmann & Berger genießt hier – nicht zuletzt durch die enge Verbindung zur Hamburger Sparkasse AG – hohes Vertrauen und verfügt über eine starke Marktpräsenz.

Der Hamburger Investmentmarkt für gewerblich genutzte Immobilien erzielte in 2011 mit einem Transaktionsvolumen von rund 2,2 Milliarden Euro das beste Ergebnis seit dem Rekordjahr 2007. In Anbetracht der unsicheren Lage auf den Kapitalmärkten ist die Nachfrage nach erstklassigen Büroimmobilien in zentralen Lagen bei begrenztem Angebot ungebrochen. Der Vermietungsbereich partizipierte ebenfalls an dem Anstieg des Flächenumsatzes

um 7 Prozent auf rund 540.000 m² und somit der positiven Marktentwicklung, wobei eine Reihe von Groß-Transaktionen das Marktgeschehen bestimmt haben. Der Markt für Wohnimmobilien ist durch ausgeprägte Nachfrage und steigende Preise gekennzeichnet. Grossmann & Berger setzt hier weiterhin auf den Ausbau der Präsenz in den Stadtteilen und die qualifizierte Verstärkung seines Maklerteams beispielsweise durch die in 2011 erfolgte Eröffnung eines Immobilienshops in der HafenCity. Ferner hat Grossmann & Berger seinen Marktauftritt aktiv weiterentwickelt. Neben einer Modifikation der Markenstrategie präsentiert sich nach einer konsequenten Überarbeitung die Website seit Ende 2011 in einem neuen, verbesserten Design und mit erheblich erweiterten Funktionalitäten.

Mit einem Umsatz von rund 22,5 Millionen Euro erwirtschaftete unser Immobilienmakler im Geschäftsjahr 2011 einen Jahresüberschuss von 4 Millionen Euro. Die HASPA Finanzholding vereinnahmt den auf sie entfallenden Teil des Jahresüberschusses phasengleich. Für 2012 plant Grossmann & Berger, in allen Bereichen weiter zu wachsen. Einen Fokus stellt hierbei die Expansion nach Berlin dar, die Anfang 2012 durch die Gründung einer Niederlassung und die Akquisition der Johs. Reese Immobilien Consulting GmbH unterlegt wurde. Im Bereich Wohnen setzt Grossmann & Berger weiterhin auf die regionale Shopexpansion, auch über Hamburg hinaus. Die Wachstumsbestrebungen werden in 2012 zu Anlaufinvestitionen führen, die das Ergebnis belasten. Für 2012 erwartet die Geschäftsführung daher einen rückläufigen Jahresüberschuss.

NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG legt Basis für weitere Erfolge im Immobilien-Management

Die Nord-IMMO konnte das Geschäftsjahr 2011 mit einem erfreulichen Jahresüberschuss in Höhe von 1,3 Millionen Euro abschließen. Die Gesellschaft hat im vergangenen Jahr weiterhin in ausgewählte Immobilien investiert und dadurch das eigene Immobilienportfolio gezielt und renditeorientiert erweitert. Ferner bietet die Gesellschaft ihren Kunden nach wie vor professionelles Immobilien-Management aus einer Hand an; hierbei ist es gelungen, die Marktstellung des Unternehmens erfolgreich weiterzuentwickeln.

Zukünftig profitiert die Nord-IMMO, gemeinsam mit den Schwestergesellschaften Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH und GBG Hansegrund GmbH, von der Anfang 2012 vorgenommenen Neuordnung der Immobilien-Management-Aktivitäten der HASPA-Gruppe, die die Voraussetzungen für die Hebung von Synergien weiter verbessert hat. Die Realisierung der Synergiepotenziale wird im laufenden Jahr durch das Management gemeinsam mit der HASPA Finanzholding konsequent fortgeführt.

Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Jahres 2011 sind über die bereits dargestellten Entwicklungen hinaus keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die HASPA-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der Unternehmensgruppe führen könnten.

Risikobericht

Risikomanagementziele und Organisation

Das verantwortungsbewusste Eingehen von mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken ist integraler Bestandteil der Marktaktivitäten der HASPA-Gruppe. Die Erfassung, Überwachung und Steuerung dieser Risiken zeichnet sich durch ein System zentraler und dezentraler Bestandteile aus. Das zentrale Risikomanagement wird zum einen durch das konzernweite, differenzierte Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding gewährleistet. In einer betriebswirtschaftlichen Orientierung steht hierbei insbesondere das frühzeitige Erkennen von Chancen und Risiken im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Beteiligungsunternehmen im Vordergrund.

Zum anderen wird das konzernweite Beteiligungsmanagement um das Risikomanagement im aufsichtsrechtlichen Sinne ergänzt, das sich insbesondere an den Anforderungen der MaRisk orientiert. Dazu gehört eine auf der Geschäftsstrategie aufbauende Risikostrategie für die HASPA-Gruppe, die

im Kern ein hanseatisch konservatives Risikoverständnis dokumentiert. Die Risikonahme im Sparkassen-Kundengeschäft erfolgt mit Schwerpunkt auf der Metropolregion Hamburg und Schleswig-Holstein. Ziel der Risikosteuerung ist es, die Risikotragfähigkeit der betriebenen Geschäfte langfristig abzusichern und in diesem Zusammenhang auch die jederzeitige Einhaltung der gruppenbezogenen aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen zu gewährleisten.

Verantwortlich für das gruppenweite Risikomanagement ist der Vorstand der HASPA Finanzholding. Dieser hat die organisatorischen Rahmenbedingungen für das Risikomanagement festgelegt. Die Risikoüberwachung im aufsichtsrechtlichen Sinne wird im Unternehmensbereich Finanzen wahrgenommen, wobei die NRS als der HASPA-Gruppe angehöriges Dienstleistungsunternehmen unterstützend tätig wird. Die operative Risikosteuerung in Form einer aktiven Risikonahme bzw. -reduktion erfolgt dezentral in den Unternehmen der HASPA-Gruppe – einschließlich der HASPA Finanzholding selbst – unter Beachtung des gruppenweiten Limitsystems. Der im Unternehmensbereich Finanzen erstellte Bericht zur Ertrags- und Risikolage wird quartalsweise dem Vorstand vorgelegt und dient auch als Basis für die Information der Aufsichtsgremien.

Neben dem zentralen Risikomanagement bestehen in den einzelnen Gruppenunternehmen dezentral installierte Risikomanagementsysteme, über deren Ergebnisse der HASPA Finanzholding regelmäßig berichtet wird. Die konkrete Ausgestaltung des Risikomanagements in den Gruppenunternehmen richtet sich nach Art, Umfang und Komplexität ihrer jeweiligen Geschäftstätigkeit sowie etwaigen spezialgesetzlichen Anforderungen.

Konzernweites Beteiligungsmanagement
In der HASPA Finanzholding erfolgt eine Risikobetrachtung mithilfe eines konzernweiten Beteiligungsmanagements auf der Grundlage vereinheitlichter Planungs- und Berichtsprozesse.

Auf der Basis der Geschäftsstrategie der HASPA Finanzholding wird regelmäßig eine Analyse des Beteiligungsportfolios vorgenommen, die eine wesentliche Grundlage für die Beteiligungsstrategie der HASPA Finanzholding darstellt. Die Untersuchung des Beteiligungsportfolios berücksichtigt unter anderem die individuelle Positionierung der Beteiligungsunternehmen in den jeweiligen Märkten sowie eine Stärken-Schwächen-Analyse. Aus den Analyseergebnissen werden gegebenenfalls entsprechende Maßnahmenpläne abgeleitet und umgesetzt.

Unter Berücksichtigung der strategischen Unternehmensziele werden in einem jährlichen Prozess durch das Management der Konzernunternehmen – in Abstimmung mit dem Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding – operationalisierende Budget- und Mittelfristplanungen der Beteiligungsgesellschaften abgeleitet.

Auf dieser Basis werden in einer quartalsweisen Betrachtung die laufenden Berichtszahlen den Plan- bzw. aktuellen Vorschau-Zahlen gegenübergestellt und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen im Rahmen des oben skizzierten Diskussionsprozesses zwischen dem Beteiligungsmanagement, dem Management der Beteiligungsunternehmen und dem Vorstand der HASPA Finanzholding entwickelt. Diese quartalsweise Betrachtung mündet in die an den Vorstand gerichtete Erfolgsvorschau der HASPA Finanzholding, die das Geschäftsjahresergebnis prognostiziert. Darüber hinaus erfolgt gegen Ende des Geschäftsjahres eine Planung der Ergebnisse für die drei folgenden Geschäftsjahre. Sowohl die quartalsweisen Erfolgsvorschauen als auch die (Mittelfrist-) Planungen werden regelmäßig den Aufsichtsgremien zur Kenntnis gegeben.

Ergänzend zu der regelmäßigen Berichterstattung unterliegen wesentliche Erkenntnisse aus den Risikomanagementsystemen dieser Unternehmen einer Ad-hoc-Berichterstattung.

Etwaige Risiken im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Beteiligungsunternehmen

können somit frühzeitig erkannt und gegebenenfalls erforderliche Schritte eingeleitet werden.

Risikomessung und -steuerung nach MaRisk – Risikotragfähigkeitskonzept

Für das zentrale Risikomanagement im Sinne der MaRisk werden die in das Risikomanagement einzubeziehenden Unternehmen der HASPA-Gruppe (Risikomanagementgruppe) mithilfe quantitativer und qualitativer Kriterien bestimmt.

In diesem Rahmen werden die auf Basis der strategischen Ausrichtung der HASPA-Gruppe eingegangenen und über eine jährliche bzw. anlassbezogene Risikoinventur identifizierten wesentlichen Risiken in das Risikomanagement einbezogen und regelmäßig überwacht.

Die wesentlichen Risiken und die Deckungsmasse werden in einer monatlichen Risikotragfähigkeitsrechnung einander gegenübergestellt; dadurch wird sichergestellt, dass alle wesentlichen Risiken durch das zur Deckung potenzieller Verluste verfügbare Kapital laufend abgedeckt sind. Zu diesem Zweck wird eine Quantifizierung der Risiken für einen Risikohorizont von 12 Monaten vorgenommen. Soweit möglich erfolgt die Risikomessung barwertig mit geeigneten Value-at-Risk-Modellen. Bei der Aggregation der Risikoarten werden keine risikoreduzierenden Wechselwirkungen berücksichtigt; über eine Korrelationsannahme von eins wird vielmehr bewusst ein konservativer Ansatz gewählt. Die Risikodeckungsmasse besteht im Wesentlichen aus der Sicherheitsrücklage der HASPA Finanzholding, den Vorsorgereserven und Gewinnrücklagen sowie dem Konditionenbeitragsbarwert und den stillen Reserven in Wertpapieren der Hamburger Sparkasse AG.

Der Vorstand der HASPA Finanzholding legt mindestens einmal jährlich oder anlassbezogen unter Berücksichtigung des Gesamtrisikoprofils und der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse ein Gesamtrisikokapitallimit für die Gruppe fest. Hierbei gilt die grundsätzliche Bedingung, dass nur rund 1/3 der Risikodeckungsmasse im Rahmen der Limitfestsetzung disponiert wird, womit dem Prinzip einer dreifachen Überlebenswahrscheinlichkeit Rechnung getragen wird. Gleichzeitig wird bei der Limitfestsetzung überprüft, ob die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Nebenbedingung sichergestellt werden kann. Hierdurch wird verhindert, dass Eigenkapitalbestandteile, die zur Unterlegung der Anforderungen aus der Solvabilitätsverordnung benötigt werden, auch zur Abdeckung der Risikopotenziale im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung herangezogen werden.

Auf Basis des festgelegten Gesamtrisikokapitallimits der Gruppe werden Risikokapitallimite für die einzelnen Unternehmen der Risikomanagementgruppe abgeleitet. Sofern für die Quantifizierung bestimmter Risikoarten bei einem Gruppenunternehmen eine Haltedauer von weniger als 12 Monaten gewählt wird, werden auf Ebene dieses Unternehmens neben barwertigen Limiten auch Verlustlimite eingerichtet. Deren Auslastung wird auf das unternehmensbezogene Limit und somit auch auf das festgelegte Gesamtrisikokapitallimit angerechnet. Zur Überwachung der Limite wird ein Ampelsystem eingesetzt, das beim Überschreiten von bestimmten Schwellenwerten entsprechende Steuerungsmaßnahmen auslöst.

Die auf monatlicher Basis vorgenommene Risikotragfähigkeitsrechnung zeigte per 31.12.2011 eine Limitauslastung von 61,2 Prozent (Vorjahr 43,5 Prozent). Die Verteilung der Limitauslastung auf die Risikoarten stellte sich dabei wie folgt dar:

	31.12.2011	31.12.2010
Adressenausfallrisiko	19,5 %	31,6 %
Beteiligungsrisiko	6,3 %	7,8 %
Marktpreisrisiko	25,0 %	30,6 %
Zinsrisiko	28,5 %	4,5 %
Operationelles Risiko	20,7 %	25,5 %

Über die gruppenweite Risikotragfähigkeitsrechnung hinaus bestehen für bestimmte Unternehmen der Risikomanagementgruppe weitere Kernrisikoindikatoren und Risikotoleranzen, die sich unter anderem auf die aufsichtsrechtliche Eigenkapital- und Liquiditätskennziffer sowie den Status im Rahmen des Risikomonitorings der Sparkassen-

Finanzgruppe beziehen. Die Überwachung der Kernrisikoindikatoren erfolgt beginnend mit dem 31.12.2011 in einem quartalsweisen Turnus. Eine Überschreitung der Risikotoleranzen löst analog zur Risikotragfähigkeitsrechnung einen Abstimmungsprozess über die Ursachen und mögliche Maßnahmen zwischen der HASPA Finanzholding und dem betroffenen Gruppenunternehmen aus. Zum Jahresultimo 2011 wurden sämtliche definierten Risikotoleranzen eingehalten.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko als für Retail-Bankkonzerne traditionell zentrale Risikoart ist auch in der HASPA-Gruppe von wesentlicher Bedeutung.

Das Adressenausfallrisiko bezeichnet die Risiken aus Bonitätsveränderungen bis hin zur Insolvenz von Geschäftspartnern. Es beinhaltet sowohl Risiken aus dem klassischen Kreditgeschäft (Kreditrisiko) als auch aus dem Handelsgeschäft (Kontrahenten- und Emittentenrisiken).

Dabei setzt sich das Adressenausfallrisiko aus zwei Komponenten zusammen: dem erwarteten Adressenausfallrisiko und dem unerwarteten Adressenausfallrisiko. Das erwartete Adressenausfallrisiko ergibt sich aus der Bonitätsstruktur des risikobehafteten Portfolios und wird über Ratings und Ausfallwahrscheinlichkeiten berechnet. Es spiegelt die im langfristigen Mittel jährlich zu erwartenden Verluste in Form von Abschreibungen und Wertberichtigungen wider. Im Rahmen der Risikovorsorge wird dieser Verlusterwartung Rechnung getragen, so dass sich für das barwertige Gesamtrisiko der HASPA-Gruppe keine weitere Berücksichtigung ergibt. Das unerwartete Adressenausfallrisiko, gemessen als Credit-Value-at-Risk, stellt das Adressenausfallrisiko im engeren Sinne dar und wird für die Quantifizierung des Adressenausfallrisikos im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung der HASPA-Gruppe herangezogen.

Der Credit-Value-at-Risk ist das Ergebnis aus der Simulation im Kreditportfoliomodell zum 99-Prozent-Konfidenzniveau. Die Simulation erfolgt mithilfe der Anwendung Credit Portfolio View der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH. Die Simulationen beziehen sich jeweils auf die Gesamtportfolios der relevanten Unternehmen der Risikomanagementgruppe mit einem Risikohorizont von einem Jahr. Zum Stichtag 31.12.2011 betrug das Risikopotenzial 153 Millionen Euro (Vorjahr 189,7 Millionen Euro). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere bedingt durch die turnusmäßige Anpassung der Rating-Migrationsmatrix im Kreditportfoliomodell Anfang 2011.

Der wesentliche Teil des Adressenausfallrisikos entfällt dabei auf die Hamburger Sparkasse AG. Das Adressenausfallrisiko ist hier insbesondere gekennzeichnet durch das Kreditgeschäft mit privaten Kunden, Firmen-, Unternehmens- und Immobilienkunden. Das Kundenkreditportfolio ist breit gestreut und in großen Teilen grundpfandrechtlich besichert.

Die Kreditrisikonahme im Kundengeschäft erfolgt innerhalb des Geschäftsgebietes der HASPA-Gruppe mit Schwerpunkt auf der Metropolregion Hamburg und Schleswig-Holstein. Die hieraus entstehende regionale Risikokonzentration wird bewusst eingegangen und steht im Einklang mit der Geschäftsstrategie der HASPA-Gruppe. Aufgrund des hohen Bestands an grundpfandrechtlich besicherten Krediten bei den Instituten der Risikomanagementgruppe besteht zudem eine Risikokonzentration bei immobilienbezogenen Geschäften. Auch hier profitiert die HASPA-Gruppe von den Informationsvorteilen aufgrund der lokalen Marktkenntnis und geht die Risikokonzentration bewusst ein. Zudem trägt die Entwicklung des Immobilienmarkts im Geschäftsgebiet der HASPA-Gruppe und insbesondere im wohnwirtschaftlichen Bereich zu einer hohen Stabilität der Risikolage bei.

Vor dem Hintergrund der andauernden Staatsschuldenkrise in einigen Ländern der Eurozone liegt in der HASPA-Gruppe derzeit ein besonderes Augenmerk des Risikomanagements auf den Länderrisiken. Über 90 Prozent der Bruttoforderungen der Hamburger Sparkasse AG liegen aufgrund der regionalen Ausrichtung als Retailbank in Deutschland. Staatsanleihen in den sogenannten PIIGS-

Staaten werden von der Hamburger Sparkasse AG nicht gehalten, und nur ein sehr geringer Teil der Eigenanlagen weist einen Bezug zu diesen Ländern auf. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Unternehmensanleihen und Verbriefungen, die von der Staatsschuldenkrise nur indirekt betroffen sind. In den Eigenanlagen der LBS Schleswig-Holstein-Hamburg AG sind hingegen neben besicherten Bankanleihen spanischer Emittenten auch spanische und italienische Staatsanleihen enthalten. Insgesamt ist der Anteil dieser Engagements jedoch moderat.

Beteiligungsrisiko
Aufgrund von Rolle und Funktion der HASPA Finanzholding und der damit verbundenen besonderen Bedeutung des Beteiligungsrisikos für das Risikomanagement der HASPA-Gruppe wird diese Risikoart als wesentliches Risiko im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung separat betrachtet.

Unter dem Beteiligungsrisiko wird das Risiko eines bilanziellen Verlustes aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio der HASPA-Gruppe verstanden. Der Begriff Beteiligungen umfasst dabei alle offenen und stillen Beteiligungen an verbundenen und assoziierten Unternehmen sowie die sonstigen offenen und stillen Beteiligungen der HASPA-Gruppe. Darüber hinaus werden durch die HASPA Finanzholding Darlehen gewährt, die eher Beteiligungscharakter aufweisen bzw. in engem Zusammenhang mit Beteiligungen stehen und daher dem Beteiligungsrisiko zugeordnet werden.

Die Quantifizierung des Beteiligungsrisikos erfolgt grundsätzlich in Anlehnung an die aufsichtsrechtlichen Vorgaben aus der Solvabilitätsverordnung durch die Anwendung eines Risikofaktors auf die Beteiligungsbuchwerte. Das Risikopotenzial betrug zum 31.12.2011 49,7 Millionen Euro (Vorjahr 46,7 Millionen Euro).

Marktpreisrisiko
Das Marktpreisrisiko umfasst die Gefahr von Verlusten durch die Veränderung von Marktpreisen wie beispielsweise Zinssätzen, Spreads, Aktien- sowie Devisenkursen und schließt auch die Veränderungen von Immobilienpreisen mit ein. Die Marktpreisrisiken in der HASPA-Gruppe resultieren im Wesentlichen aus den über Spezialfonds gehaltenen Kapitalanlagen.

Das Marktpreisrisiko der Spezialfonds der Gruppenunternehmen wird grundsätzlich über ein Portfoliomodell ermittelt. Hierbei erfolgt eine Aggregation der Risiken der einzelnen Vermögensklassen zu einem Portfoliorisiko unter Berücksichtigung von Korrelationen. Basis der Risikoermittlung sind historische Zeitreihen von Referenzindizes, die den einzelnen Vermögensklassen zugeordnet werden. Für die Ermittlung des Portfoliorisikos wird ein Konfidenzniveau von 99 Prozent und in Abhängigkeit von den Steuerungsprozessen in den Gruppenunternehmen sowie der Liquidität der Assetklassen eine Haltedauer von einem Monat bis zu einem Jahr zugrunde gelegt. Das quantifizierte Risikopotenzial und die Auslastung der Verlustlimite lagen zum 31.12.2011 bei insgesamt 196,8 Millionen Euro (Vorjahr 184 Millionen Euro).

Zinsrisiko
Unter dem Zinsrisiko als Ausprägung des Marktpreisrisikos versteht man das potenzielle Verlustrisiko, welches durch eine Änderung der am Markt geltenden Zinsstrukturkurve entstehen kann. Es resultiert aus dem Umfang der eingegangenen Fristentransformation im Aktiv- und Passivgeschäft.

Auch zur Ermittlung des Zinsrisikos wird die Value-at-Risk-Methode in Form einer historischen Simulation eingesetzt. Das Risiko wird auf einem Konfidenzniveau von 99 Prozent berechnet. Die unterstellte Haltedauer richtet sich dabei nach den in den jeweiligen Gruppenunternehmen implementierten Steuerungsprozessen und liegt zwischen einem Monat und einem Jahr. Für die Risikoquantifizierung werden sämtliche zinstragenden Aktiv- und Passivgeschäfte bzw. Bilanzpositionen in Cash Flows (Tilgungs- und Zins-Cash Flows) grundsätzlich gemäß ihrer tatsächlichen Zinsbindung aufgeteilt. Bei variablen Positionen mit unbestimmter Zins- oder Kapitalbindung werden die Cash Flows mittels Ablauffiktionen ermittelt.

Konzern-Lagebericht

Das potenzielle Risiko und die Auslastung der Verlustlimite betrugen zum Jahresende insgesamt 224,5 Millionen Euro (Vorjahr 27,3 Millionen Euro). Der erkennbare Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Entwicklung der Zinsstrukturkurve in 2011 zurückzuführen, die zu einer höheren Auslastung der Verlustlimite geführt hat.

Operationelles Risiko
Unter operationellen Risiken wird die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten, verstanden. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Die Quantifizierung des operationellen Risikos in der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt anhand eines Indikators, der sich an den Bruttoerträgen der einzelnen Gruppenunternehmen orientiert (Basisindikatoransatz). Aufgrund der Risikomessmethode wurde das operationelle Risiko zum 31.12.2011 mit 162,9 Millionen Euro (Vorjahr 152,8 Millionen Euro) weiterhin ausgesprochen konservativ ausgewiesen.

Darüber hinaus werden Schadensfälle in der HASPA-Gruppe, die aus operationellen Risiken resultieren, zentral in einer Schadensfalldatenbank erfasst und regelmäßig ausgewertet. Ergänzt wird die Erfassung operationeller Risiken zudem um die jährliche Selbsteinschätzung der Gruppenunternehmen zu verschiedenen Kategorien des operationellen Risikos.

Liquiditätsrisiko
Liquiditätsrisiken entstehen, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können oder wenn die Liquidität nur zu erhöhten Marktpreisen beschafft werden kann, wodurch sich der Zinsaufwand erhöht.

In der HASPA-Gruppe ist das Liquiditätsmanagement dezentral organisiert. Während die HASPA Finanzholding aufgrund des hohen Bestands an liquiden Aktiva und vollständiger Eigenkapital-Refinanzierung keinem nennenswerten Liquiditätsrisiko unterliegt, spielt die Liquiditätssteuerung bei der Hamburger Sparkasse AG und der LBS Schleswig-Holstein-Hamburg AG aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit und -struktur eine wesentliche Rolle.

Die Beurteilung der Liquiditätslage auf Gruppenebene basiert daher im Wesentlichen auf den Liquiditätsanalysen der Institute, die der HASPA Finanzholding regelmäßig übermittelt und im Risikobericht dargestellt werden. Zusätzlich erfolgt für die Institute eine Überwachung der aufsichtsrechtlichen Kennziffern nach der Liquiditätsverordnung. Oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen wurden Schwellenwerte definiert, bei deren Unterschreitung ein Abstimmungsprozess über die Ursachen und mögliche Maßnahmen zwischen der HASPA Finanzholding und dem betroffenen Gruppenunternehmen ausgelöst wird.

Die Liquiditätslage der HASPA-Gruppe ist vor dem Hintergrund der bestehenden Refinanzierungs- und Anlagestruktur sowie vielfältiger Fundingmöglichkeiten komfortabel. Die Liquiditätsanalysen der Institute lassen keine wesentlichen Risiken erkennen. Die Kennziffern der Institute nach der Liquiditätsverordnung und die definierten Schwellenwerte wurden in 2011 jederzeit eingehalten.

Stresstests
Stresstests sind Methoden, mit denen die Verlustanfälligkeit bezüglich außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse überprüft wird. Im Zuge der Umsetzung der 3. MaRisk-Novelle wurden in 2011 neue Szenariobetrachtungen und Sensitivitätsanalysen für die HASPA-Gruppe konzipiert.

Die Erweiterungen der Stresstests, die beginnend mit dem Stichtag 31.12.2011 regelmäßig in barwertiger Form quantifiziert werden, betreffen insbesondere die risikoartenübergreifenden Szenariobetrachtungen. Während das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs als hypothetisches Szenario ausgestaltet ist, wird im Rahmen des historischen Szenarios Finanzmarktkrise der in den Jahren 2007 bis 2009 beobachtete Einbruch der Wirtschaftsleistung und der Kapitalmärkte auf Basis des aktuellen Gruppenportfolios erneut simuliert.

Darüber hinaus wurde der Umfang der pro Risikoart vorzunehmenden Sensitivitätsanalysen, in deren Rahmen die wesentlichen Risikofaktoren in verschiedenen Stufen variiert werden, erhöht. Für das Adressenausfallrisiko werden neben konjunkturell bedingt höheren Ausfallraten auch rückläufige Verwertungs- und Einbringungsquoten sowie Ratingshifts für das Gesamtportfolio der HASPA-Gruppe simuliert. Beim Zinsrisiko werden neben einer parallelen Verschiebung auch weitere hypothetische Veränderungen der Zinsstrukturkurve vorgenommen. Im Bereich des Marktpreisrisikos werden sowohl hypothetische als auch historische Wertänderungen für einzelne Assetklassen simuliert, wobei die Aggregation ohne Berücksichtigung von risikomindernden Diversifikationseffekten bzw. Korrelationen erfolgt. Für das Beteiligungsrisiko werden erhöhte Abschreibungen aufgrund rückläufiger Ertragswerte unterstellt.

Zudem werden nunmehr auch regelmäßig inverse Stresstests sowohl auf Basis der Szenariobetrachtungen als auch auf Basis der Sensitivitätsanalysen vorgenommen. Im Rahmen dieser Stresstests wird untersucht, ab welchen Ausprägungen bestimmter Risikoparameter die Fortführung der Geschäftstätigkeit der Gruppe nicht mehr gewährleistet wäre. Schließlich wird für alle barwertig gemessenen Risiken das Konfidenzniveau von 99 Prozent auf 99,9 Prozent erhöht.

Die Ergebnisse der Stresstests werden regelmäßig der Risikodeckungsmasse und dem Gesamtrisikokapitallimit gegenübergestellt. Die Limitauslastung bei einer Erhöhung des Konfidenzniveaus von 99 Prozent auf 99,9 Prozent lag zum 31.12.2011 bei 79,9 Prozent. Auch die übrigen vorgenommenen Stresstests führten zu dem Ergebnis, dass die Risikotragfähigkeit im Stressfall gegeben ist.

Risikobewertung
Bestandsgefährdende Risiken oder Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HASPA-Gruppe haben können, sind für das laufende Jahr nicht erkennbar.

Risikomanagement im Rechnungslegungsprozess
Die Verantwortlichkeit für den Konzernrechnungslegungsprozess ist im Unternehmensbereich Finanzen der HASPA Finanzholding angesiedelt, der die bilanzrechtlichen und konzeptionellen Grundsatzfragen einschließlich der Festlegung des Konsolidierungskreises sowie der Konsolidierungsmethodik erarbeitet und in einer Konzernrichtlinie verbindlich regelt. Die Konzernrechnungslegung setzt im ersten Schritt auf dezentral erstellten und verantworteten Einzelabschlüssen auf. Hierfür sehen die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen angemessene Kontrollen vor, insbesondere in Form von Funktionstrennungen, Zugriffsberechtigungssystemen und Beachtung des 4-Augen-Prinzips. Die Konzernbuchführung sowie Überleitungen und technische Konsolidierungsschritte werden durch die NRS als konzerninternem Dienstleister vorgenommen. Deren Ergebnisse unterliegen ebenso dem bereits skizzierten Kontrollsystem und werden zusätzlich durch die HASPA Finanzholding plausibilisiert. Darauf aufbauend werden die zur Aufstellung vorgesehene Konzern-Bilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Anhang und der Lagebericht bei der HASPA Finanzholding erstellt.

Ausblick

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Euroraum könnte Anfang 2012 in eine milde Rezession rutschen, wobei die Krisenländer von dieser überdurchschnittlich betroffen sein dürften. Insbesondere über den Export würde auch Deutschland davon in Mitleidenschaft gezogen. Gleichwohl wird der deutschen Wirtschaft für 2012 ein moderates Wachstum von rund 0,5 Prozent prognostiziert. Dies setzt voraus, dass es nicht zu einer Eskalation der Staatsschuldenkrise mit Kettenreaktionen an den Finanzmärkten kommt. Auch bei dieser Wachstumsrate dürften die Beschäftigtenzahlen – wenn auch in abgeschwächtem Maße – weiter steigen, was den privaten Konsum stützen wird.

Obwohl das deutsche Staatsdefizit im europäischen Vergleich weniger dramatisch ausfällt und die Bundesrepublik derzeit Anleihen mit einer historisch niedrigen Verzinsung emittieren kann, werden die Konsolidierungsbemühungen auch hierzulande fortgesetzt werden müssen. Für die Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit an den Finanzmärkten und der erstklassigen Bonität ist zudem die künftige Einhaltung der Schuldenbremse erforderlich.

Die EZB dürfte ihren expansiven Kurs fortsetzen und die Kreditinstitute weiterhin mit ausreichend Liquidität versorgen, worauf vor allem die Banken in den Krisenländern angewiesen sind. Die Leitzinsen werden daher auf einem niedrigen Niveau bleiben. Ziel wird es sein, die Banken zu Investitionen in Staatsanleihen zu ermutigen und die Finanzierung der Staaten sicherzustellen. Daneben dürfte die EZB bei Bedarf Staatsanleihen auch direkt aufkaufen. Trotz der gelockerten Geldpolitik ist angesichts der schwächeren Konjunktur derzeit keine unmittelbare Inflationsgefahr zu erwarten.

Hamburg auf moderatem Wachstumskurs

Auch in Hamburg wird sich im Jahr 2012 die Konjunkturerholung des Vorjahres in abgeschwächter Form fortsetzen. Das Konjunkturbarometer der Handelskammer Hamburg zeigt im vierten Quartal 2011, dass bei den befragten Hamburger Unternehmen die pessimistischen Geschäftserwartungen leicht überwiegen. Jedoch sind die Investitions- und Personalpläne der befragten Unternehmen unverändert expansiv ausgerichtet. Die Exportaussichten werden mehrheitlich positiv bewertet. Die Hamburger Wirtschaftsleistung dürfte 2012 um rund ein Prozent ansteigen. Das anhaltende Wirtschaftswachstum wird sich auf den Hamburger Arbeitsmarkt entsprechend positiv auswirken.

Voraussichtliche Entwicklung der HASPA-Gruppe

Die HASPA Finanzholding steht für ein dezentrales Sparkassensystem und eine langfristige Sicherung der Sparkassenidee. Kapitalunterlegte Kooperationen mit der HASPA Finanzholding können nicht zuletzt ein wesentlicher Beitrag für eine weiterhin umfassende Versorgung der mittelständisch geprägten Wirtschaft mit Krediten sein und dabei auch das Wachstum der Partnersparkassen fördern. Ein profitables Wachstum ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Eigenständigkeit der Sparkassen vor Ort.

Für die Jahre 2012 und 2013 gehen wir von einem jeweils steigenden Konzern-Jahresüberschuss der HASPA-Gruppe aus. Die erwartete Entwicklung der Unternehmen der HASPA-Gruppe wird insbesondere von der klaren strategischen Ausrichtung auf das Retailbanking in der Metropolregion Hamburg, welches auch weiterhin hohes Potenzial aufweist, sowie einem fokussierten und aktiven Beteiligungsmanagement beeinflusst. Zwar prognostiziert die Hamburger Sparkasse AG für 2012 ein niedrigeres Betriebsergebnis vor Bewertung, bereits 2013 soll es jedoch wieder über dem Berichtsjahr liegen. Unter Berücksichtigung des geplanten Bewertungsergebnisses und der Steuern wird sie ihren Beitrag zum Konzern-Jahresüberschuss voraussichtlich steigern.

Zusammenfassende Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken
Die HASPA-Gruppe erwartet für die Jahre 2012 und 2013 keine sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ auswirkenden Risikosituationen. Die Risiken der künftigen Entwicklung sind nicht bestandsgefährdend; vielmehr stehen ihnen deutlich größere Markt- und Wachstumschancen der HASPA-Gruppe gegenüber.

Trotz steigender regulatorischer Anforderungen ist die HASPA-Gruppe gut aufgestellt, um ihre Strategie auch weiterhin erfolgreich fortzuführen. Aus einer starken Marktposition in der Metropolregion Hamburg heraus werden wir unsere Eigenständigkeit bewahren und unseren Beitrag zur Sicherung der Sparkassenidee in Hamburg und Norddeutschland leisten.

Hamburg, den 26. März 2012

Der Vorstand

Konzern-Bilanz

der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2011

Aktiva

Alle Betragsangaben in T€			**2011**	**2010**
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			208.111	200.514
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			352.621	192.509
			560.732	**393.022**
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-	-
b) Wechsel			-	-
			-	**-**
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			997.419	565.377
b) andere Forderungen		**(1)**	983.064	1.647.138
			1.980.483	**2.212.516**
4. Forderungen an Kunden		**(2)**	**28.271.402**	**26.774.742**
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	11.975.987			(10.960.135)
Kommunalkredite	195.252			(204.532)
Baudarlehen aus dem Bauspargeschäft	637.734			(680.187)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		**(3)**		
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten			-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-			(-)
ab) von anderen Emittenten			-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-			(-)
			-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten			1.372.044	1.924.879
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.297.589			(1.924.879)
bb) von anderen Emittenten			1.477.197	2.026.800
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.269.387			(1.844.098)
			2.849.241	3.951.679
c) eigene Schuldverschreibungen			-	-
Nennbetrag	-			(-)
			2.849.241	**3.951.679**
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		**(4)**	**5.899.449**	**5.643.243**
6a. Handelsbestand		**(5)**	**218.742**	**272.689**
7. Beteiligungen		**(6)**	**145.449**	**186.981**
darunter: an Kreditinstituten	12.453			(12.453)
an Finanzdienstleistungsinstituten	9.157			(9.157)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			**32.632**	**33.728**
darunter: an Kreditinstituten	-			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-			(-)
9. Anteile an assoziierten Unternehmen		**(7)**	**100.945**	**80.923**
10. Treuhandvermögen		**(8)**	**314**	**488**
darunter: Treuhandkredite	314			(488)
11. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			**-**	**-**
12. Immaterielle Anlagewerte		**(9)**		
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			63.727	8.960
c) Geschäfts- oder Firmenwert			76	-
d) geleistete Anzahlungen			2.971	50.175
			66.773	**59.135**
13. Sachanlagen		**(9)**	**191.325**	**163.803**
14. Sonstige Vermögensgegenstände		**(10)**	**228.506**	**263.694**
15. Rechnungsabgrenzungsposten		**(11)**	**6.074**	**5.459**
Summe der Aktiva			**40.552.068**	**40.042.101**

Passiva

Alle Betragsangaben in T €			**2011**	**2010**
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		**(12)**		
a) täglich fällig			293.088	312.905
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			4.672.693	4.433.326
			4.965.782	**4.746.231**
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		**(13)**		
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			6.082.772	5.825.938
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			7.347	11.419
			6.090.118	5.837.357
b) Bauspareinlagen			792.119	775.216
c) andere Verbindlichkeiten				
ca) täglich fällig			12.931.512	12.711.207
cb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			8.178.041	8.261.285
			21.109.553	20.972.492
			27.991.790	**27.585.064**
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		**(14)**		
a) begebene Schuldverschreibungen			3.338.813	3.486.325
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten			-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-			(-)
			3.338.813	**3.486.325**
3a. Handelsbestand		**(15)**	**61.466**	**46.942**
4. Treuhandverbindlichkeiten		**(16)**	**314**	**488**
darunter: Treuhandkredite	314			(488)
5. Sonstige Verbindlichkeiten		**(17)**	**54.321**	**123.541**
6. Rechnungsabgrenzungsposten		**(18)**	**34.738**	**40.777**
6a. Passive latente Steuern		**(19)**	**1.570**	**1.363**
7. Rückstellungen		**(20)**		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			565.292	536.547
b) Steuerrückstellungen			50.581	71.861
c) andere Rückstellungen			184.307	172.740
			800.180	**781.147**
7a. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung			**287**	**287**
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			**4.373**	**4.373**
9. Genussrechtskapital			**-**	**4.502**
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-			(4.502)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken			**6.675**	**3.848**
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	2.000			(2.000)
11. Eigenkapital		**(21)**		
a) gezeichnetes Kapital			-	-
b) Kapitalrücklage			-	-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage			2.975.203	2.863.125
cb) andere Rücklagen			21.027	21.027
			2.996.230	2.884.153
d) Konzernbilanzgewinn			284.256	323.141
e) Anteile im Fremdbesitz			11.272	9.919
			3.291.759	**3.217.213**
Summe der Passiva			**40.552.068**	**40.042.101**
1. Eventualverbindlichkeiten		**(22)**		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			525.303	996.690
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	-
			525.303	**996.690**
2. Andere Verpflichtungen		**(22)**		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			2.595.091	1.410.702
			2.595.091	**1.410.702**

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

der HASPA Finanzholding für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011

Alle Betragsangaben in T €		**2011**	**2010**
1. Zinserträge aus	**(23)**		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		1.319.196	1.283.342
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		51.822	73.845
		1.371.018	**1.357.187**
2. Zinsaufwendungen	**(24)**	**725.460**	**694.607**
		645.558	**662.580**
3. Laufende Erträge aus	**(25)**		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		164.573	143.779
b) Beteiligungen		6.288	6.890
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		7.838	4.137
		178.699	**154.806**
4. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen		**-25.235**	**530**
5. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		**4.268**	**4.398**
6. Provisionserträge	**(26)**	**257.024**	**271.692**
7. Provisionsaufwendungen	**(27)**	**23.078**	**32.780**
		233.946	**238.911**
8. Nettoertrag des Handelsbestands		**1.577**	**1.146**
9. Sonstige betriebliche Erträge	**(28)**	**132.698**	**125.314**
		1.171.511	**1.187.686**
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter		325.874	317.327
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		79.307	77.150
darunter: für Altersversorgung 21.904			(20.974)
		405.182	394.477
b) andere Verwaltungsaufwendungen		303.892	290.705
		709.073	**685.183**
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		**20.803**	**14.747**
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	**(29)**	**135.720**	**125.514**
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		**118.400**	**141.039**

Alle Betragsangaben in T €		2011	2010
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		-	-
		118.400	141.039
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		18.353	18.731
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-	-
		18.353	18.731
17. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken		2.827	-
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme		245	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		166.090	202.472
20. Außerordentliche Erträge		225	6.808
21. Außerordentliche Aufwendungen		11.978	13.163
22. Außerordentliches Ergebnis	**(30)**	-11.754	-6.355
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	**(31)**	79.063	74.697
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		48	9.292
		79.111	83.989
25. Konzernjahresüberschuss		75.224	112.128
26. Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn		2.032	610
27. Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust		-	-
28. Konzerngewinn		73.193	111.518

Eigenkapitalspiegel

Der Eigenkapitalspiegel gibt einen Überblick über die Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals und des Konzern-Gesamtergebnisses.

	Mutterunternehmen				Minderheitengesellschafter		
in Mio €	**Sicherheitsrücklage**	**Erwirtschaftetes Konzern-Eigenkapital**	**Andere Rücklagen**	**Eigenkapital**	**Minderheitenkapital**	**Eigenkapital**	**Konzern-Eigenkapital**
Stand am 01.01.2010	2.802,1	265,1	20,5	3.087,8	9,6	9,6	3.097,3
Verwendung Bilanzgewinn	53,5	-53,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttungen	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,7	-0,7	-0,7
Veränderung des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Übrige Veränderungen	7,5	0,0	0,5	8,0	0,4	0,4	8,4
Konzern-Jahresüberschuss	0,0	111,5	0,0	111,5	0,6	0,6	112,1
Stand am 31.12.2010	2.863,1	323,1	21,0	3.207,3	9,9	9,9	3.217,1
Verwendung Bilanzgewinn	112,1	-112,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttungen	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,6	-0,6	-0,6
Veränderung des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Konzern-Jahresüberschuss	0,0	73,2	0,0	73,2	2,0	2,0	75,2
Stand am 31.12.2011	2.975,2	284,3	21,0	3.280,5	11,3	11,3	3.291,8

Der Jahresüberschuss aus dem Einzelabschluss 2011 der HASPA Finanzholding in Höhe von 107,6 Mio Euro wird gemäß den Bestimmungen der Satzung der Sicherheitsrücklage zugeführt. Seit dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung (1. Januar 2003) bis zum 31. Dezember 2011 wurden aus dem erwirtschafteten Konzern-Eigenkapital insgesamt 916,2 Mio Euro in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Kapitalflussrechnung			2011 T €	2010 T €
1.		**Jahresüberschuss**	**75.224**	**112.128**
2.	+	Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	182.791	174.517
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	19.033	49.212
4.	+/-	andere zahlungswirksame Aufwendungen/ Erträge des Handelsbestands	490	404
5.	-/+	Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-2.668	-346
6.	-/+	sonstige Anpassungen (Saldo)*	-740.376	-748.903
7.		**Zwischensumme**	**-465.506**	**-412.988**
8a.	+/-	Forderungen an Kreditinstitute	232.033	1.754.756
8b.	+/-	Forderungen an Kunden	-1.604.025	-2.032.019
9.	+/-	Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen) und Handelsbestand	889.144	-854.431
10.	+/-	andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	34.746	-66.212
11a.	+/-	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	219.551	397.124
11b.	+/-	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	406.727	214.616
12.	+/-	Verbriefte Verbindlichkeiten	-147.512	-118.431
13.	+/-	Nachrangige Verbindlichkeiten	0	-9.854
14.	+/-	Genussrechtskapital	-4.502	0
15.	+/-	andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-60.908	66.576
16.	+	erhaltene Zinsen und Dividenden	1.528.115	1.479.458
17.	-	gezahlte Zinsen	-710.344	-675.010
18.	+/-	Ertragsteuerzahlungen	-70.747	-43.452
19.		**Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit**	**246.772**	**-299.867**
20.	+	Einzahlungen aus dem Verkauf von Anteilen an konsolidierten Unternehmen	0	0
21.	+	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	304	754
22.	+	Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	7.591	0
23.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-30.153	-13.029
24.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-33.775	-6.257
25.	+/-	Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-22.350	-43.894
26.		**Cash Flow aus Investitionstätigkeit**	**-78.383**	**-62.426**
27.	+/-	Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)	0	0
28.	-	Auszahlungen an Minderheitengesellschafter	-679	-687
29.		**Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit**	**-679**	**-687**
30.		Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	246.772	-299.867
31.		Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-78.383	-62.426
32.		Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-679	-687
33.		Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
34.		**Finanzmittelfonds am Anfang der Periode**	**393.022**	**756.002**
		davon quotal einbezogene Unternehmen	6	8
35.		**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**560.732**	**393.022**
		davon quotal einbezogene Unternehmen	5	6

* In den sonstigen Anpassungen sind Zinsen, Dividenden und Steuern in Höhe von 747.024 T € enthalten (Vorjahr 760.996 T €).

Konzern-Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Gesetzliche Vorgaben
Der Konzernabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2011 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie den Bestimmungen der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Gemäß §§ 340i Abs. 2 und 3 sowie 340a Abs. 1 HGB i. V. m. § 265 Abs. 4 und 5 HGB werden für den Konzernabschluss die Formblätter der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für Kreditinstitute verwendet und um wesentliche Positionen des Bauspargeschäfts ergänzt. Weitergehende Erläuterungen zum Bauspargeschäft werden im Anhang gegeben.

Von der Möglichkeit, die anteiligen Zinsen nicht nach Restlaufzeiten aufzugliedern, wird nach § 11 Satz 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Entsprechend führt bei den Positionen „Forderungen an Kreditinstitute“, „Forderungen an Kunden“, „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sowie „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ eine Aufrechnung der im Konzernanhang ausgewiesenen Beträge nicht zum Bilanzausweis.

Grundlagen der Konsolidierung
Die Kapitalkonsolidierung erfolgt für die zu konsolidierenden Tochterunternehmen nach Artikel 66 Abs. 3 Satz 4 EGHGB weiterhin nach der Buchwertmethode. Gemäß § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB alte Fassung werden die Wertansätze bei der erstmaligen Einbeziehung der Unternehmen in den Konzernabschluss herangezogen.

Gemäß § 309 Abs. 1 Satz 3 HGB alte Fassung wurden aktivische Unterschiedsbeträge in Höhe von 15,0 Mio Euro aus der Erstkonsolidierung mit den Rücklagen verrechnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden im Wege der Schuldenkonsolidierung gemäß § 303 HGB gegeneinander aufgerechnet.

Erträge aus der konzerninternen Leistungsverrechnung werden, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, mit den korrespondierenden Aufwendungen im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß § 305 HGB verrechnet.

Die Wertansätze der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen bzw. die Unterschiedsbeträge für bis zum Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) einbezogene assoziierte Unternehmen wurden auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des assoziierten Unternehmens in den Konzernabschluss ermittelt; danach auf den Zeitpunkt, zu dem die Gesellschaft assoziiertes Unternehmen geworden ist. Sich ergebende Geschäftswerte werden in Anbetracht der langfristigen Zusammenarbeit mit den assoziierten Unternehmen und der vergleichsweisen Stabilität des Branchenumfelds über einen Zeitraum von zehn Jahren linear abgeschrieben.

Konsolidierungskreis
In den Konzernabschluss sind neben der HASPA Finanzholding, Hamburg, folgende Unternehmen nach der Buchwertmethode im Rahmen der Vollkonsolidierung einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigenkapital in %
- Hamburger Sparkasse AG, Hamburg 1. Januar 2003	100,00
- NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG, Hamburg (Befreiung gemäß § 264b HGB) 1. Januar 2003	100,00
- Grossmann & Berger GmbH, Hamburg 1. Januar 2003	90,00
- NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg / Bremen 1. Januar 2006	60,00

Die Haspa Erste Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg und die Haspa Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg wurden nach § 296 Abs. 2 HGB auf den 31. Dezember 2011 entkonsolidiert. Die Entkonsolidierungen waren ergebnisneutral.

Anteile an Tochterunternehmen, die aus Konzernsicht insgesamt von untergeordneter Bedeutung nach § 296 Abs. 2 HGB sind, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Nicht einbezogen sind insgesamt 20 inländische Unternehmen. Die Anteile werden als verbundene Unternehmen ausgewiesen. Der Einfluss dieser Unternehmen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Anteile an vier Tochterunternehmen, bei denen die Ausübung der Gesellschafterrechte durch Einstimmigkeitserfordernisse erheblich und andauernd beschränkt ist, werden gemäß § 296 Abs. 1 HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Folgendes Gemeinschaftsunternehmen wird entsprechend der Anteile am Kapital (quotal) nach der Buchwertmethode in den Konzernabschluss einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigenkapital in %
- LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel / Hamburg 1. Januar 2007	42,50

Folgende Unternehmen werden zum 31. Dezember 2011 im Rahmen der Equity-Methode nach der Buchwertmethode als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigenkapital in %
- Sparkasse zu Lübeck AG, Lübeck 31. Dezember 2005	26,00
- Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG, Bredstedt 31. Dezember 2005	25,10
- Sparkasse Mittelholstein AG, Rendsburg 31. Dezember 2006	24,60
- neue leben Holding AG, Hamburg 1. Januar 2011	23,20

Der Stimmrechtsanteil bei der Sparkasse Mittelholstein AG beträgt 25,68 %.

Im Berichtsjahr wurden fünf Beteiligungen an assoziierten Unternehmen, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung nach § 311 Abs. 2 HGB ist, nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Konzern-Anhang

Bewertung einzelner Posten und Sachverhalte

Kreditgeschäft
Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien oder aufgeschlagene Agien werden auf die Festzinsbindungsdauer bzw. auf eine Laufzeit von höchstens fünf Jahren verteilt.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet.

In der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ wurden in der Darunterposition „durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen“ alle Beträge ausgewiesen, die die Voraussetzungen des § 14 PfandBG erfüllen, d.h., es wurden neben den ausschließlich grundpfandrechtlich gesicherten Krediten auch die Realkreditanteile aus Gesamtdarlehen hier ausgewiesen.

Wertpapiere
Die Wertpapiere werden grundsätzlich unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Wertaufholungsgebotes nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Ein Teilbestand von Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 104,1 Mio Euro ist dem Anlagevermögen zugeordnet und wird nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Der Buchwert dieser Papiere beträgt 103,1 Mio Euro; der beizulegende Zeitwert beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 101,8 Mio Euro.

Bei in Spezialfonds gehaltenen Vermögensgegenständen, für die kein handelbarer Kurs verfügbar ist, wird von den Fondsgesellschaften der Verkehrswert, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist, zugrunde gelegt.

Handelsbestand
Die zu Handelszwecken erworbenen Finanzinstrumente werden im Handelsbestand zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags (Value-at-Risk) ausgewiesen. Gemäß IDW RS BFA 2 wird dieser in einer Summe beim größeren der jeweiligen Bilanzposten (Aktiv oder Passiv) berücksichtigt.

Die Umrechnung der Handelsaktiva und -passiva erfolgt zum Mittelkurs.

Zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement der Marktpreisrisiken des Handelsbuchs wird ein entsprechender Value-at-Risk (VaR) ermittelt. Dieser VaR wird für den Risikoabschlag herangezogen. Der VaR wird mit einer Haltedauer von einem Tag, einer Datenhistorie von 250 Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 % ermittelt. Mit der Berücksichtigung des Risikoabschlags wird der Ausfallwahrscheinlichkeit der realisierbaren Gewinne aus der Bewertung zu Marktpreisen Rechnung getragen. Die Veränderung des Risikoabschlags wird im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen. Weiterhin werden im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands Kurs- und Bewertungsgewinne sowie Kurs- und Bewertungsverluste von Finanzinstrumenten des Handelsbestands ausgewiesen. Die Zinserträge und Zinsaufwendungen des Handelsbestands werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung beachtet. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn besondere Umstände vorliegen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen
Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige, steuerlich zulässige Abschreibungen, bilanziert. Für bis 2009 angeschaffte Sachanlagen werden steuerlich zulässige Abschreibungen fortgeführt.

Verbindlichkeiten
Die Verbindlichkeiten werden grundsätzlich zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden aktivisch unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen; Agioerträge werden in den passiven Rechnungsabgrenzungen dargestellt.

Abweichend hiervon werden Null-Kupon-Anleihen mit ihrem Zeitwert bilanziert.

Rückstellungen
Mit den ausgewiesenen Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken sowie allen ungewissen Verpflichtungen Rechnung getragen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden konzerneinheitlich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß der Projected Unit Credit Method und nach Maßgabe der Richttafeln 2005 G von Heubeck gebildet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, abgezinst. Im Geschäftsjahr wurde ein Zinssatz von 5,13 % zugrunde gelegt. Bei der Ermittlung der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen (einschließlich Karrieretrend) von 2,1 % und Rentensteigerungen von 1,75 % zugrunde gelegt. Die Fluktuationsrate liegt altersabhängig zwischen 2 % und 5 %.

Währungsumrechnung
Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 340h HGB i. V. m. § 256a HGB. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden mit ihren Anschaffungskursen in Euro umgerechnet. Fremdwährungswertpapiere des Umlaufvermögens werden zum Kassakurs bewertet. Bei Fremdwährungspapieren mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden ausschließlich die sich ergebenden Aufwendungen aus der Währungsumrechnung berücksichtigt.

Die übrigen Bilanzbestände in Fremdwährung sowie die nicht abgewickelten Kassa- und Termingeschäfte, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet wurden, gelten gemäß § 340h HGB als besonders gedeckte Geschäfte (besondere Deckung). Die besondere Deckung stellt hierbei auf eine betragsmäßige Deckung der einbezogenen Geschäfte ab, eine Laufzeitkongruenz der Geschäfte wird hierbei nicht betrachtet. Besonders gedeckte Geschäfte werden zum Kassa- bzw. Terminkurs bewertet. Bei Deckungsgeschäften mit direkter Zuordnung zum jeweils abgesicherten Aktivposten erfolgt die Spaltung des Terminkurses und eine Abgrenzung von Swapstellen.

Dem Kassa- bzw. Terminkurs liegt der Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zugrunde.

Die aus der Umrechnung der besonders gedeckten Geschäfte ermittelten Kursgewinne und -verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Bewertungseinheiten
Im Konzern werden Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB gebildet. In die Bewertungseinheiten werden Verbindlichkeiten und schwebende Geschäfte als Grundgeschäfte einbezogen und mittels derivativer Finanzinstrumente abgesichert.

Die Zins- und sonstigen Preisrisiken aus begebenen strukturierten Anleihen bzw. Namenspapieren (Grundgeschäfte) werden mithilfe von strukturierten Zinsswaps (Sicherungsgeschäfte) abgesichert. Bei den Grundgeschäften handelt es sich einerseits um strukturierte Inhaberschuldverschreibungen, die unter dem Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ ausgewiesen werden, sowie andererseits um strukturierte Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Sparkassenbriefe, die unter dem Passivposten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ bzw. „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ bilanziert werden. Die jeweiligen Sicherungsgeschäfte sind derart ausgestaltet, dass die risikorelevanten Parameter des Grundgeschäfts zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses und während der Laufzeit des

Konzern-Anhang

Grundgeschäfts hinsichtlich des abgesicherten Risikos vollständig gegenläufig sind (Critical Terms Match).

Weiterhin erfolgt für mit Kunden abgeschlossene Cross Currency Interest Rate Swaps eine Absicherung des Währungs- und Zinsrisikos durch den Abschluss von exakt gegenläufigen Sicherungsgeschäften mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten. Das derivative Kundengeschäft sowie das back-to-back-Sicherungsgeschäft werden jeweils zu einer Mikro-Bewertungseinheit zusammengefasst. Darüber hinaus werden im Kundenkreditgeschäft Zinsbegrenzungsvereinbarungen in Form von Caps, Floors und Collars abgeschlossen. Diese den Kunden eingeräumten Zinsoptionsrechte werden jeweils einzelgeschäftsbezogen durch entsprechende Gegengeschäfte mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten gesichert.

Das derivative Kundengeschäft sowie das back-to-back-Sicherungsgeschäft werden jeweils zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

Die Effektivität der Sicherungsbeziehung wird bei Designation der Bewertungseinheiten sowie zum Abschlussstichtag durch eine handelsunabhängige Stelle kontrolliert. Es ist jeweils eine effektive Absicherung der Grundgeschäfte in Bezug auf die bestehenden Risiken gegeben.

Die bilanzielle Abbildung der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode im Sinne des IDW RS HFA 35. Konzerneinheitlich wird sich auf Grundlage der angewandten Methoden (Critical Terms Match) von der Wirksamkeit der jeweiligen Sicherungsbeziehung in Bezug auf die bestehenden Wert- bzw. Zahlungsstromrisiken des jeweils abgesicherten Risikos überzeugt. Die Wert- bzw. Zahlungsstromänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte – bezogen auf die abgesicherten Risiken – werden sich voraussichtlich über die gesamte Zeit des Bestehens der Bewertungseinheiten in vollem Umfang ausgleichen.

Derivate

Zinsswaps werden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsrisikos eingesetzt. Eine Bewertung wurde insoweit nicht vorgenommen. Darüber hinaus werden derivative Finanzinstrumente, die sich in Bewertungseinheiten befinden, gehalten. Im geringen Umfang befinden sich des Weiteren derivative Finanzinstrumente im Handelsbestand.

Bei Optionen sind die Stillhalterpositionen in der Regel durch Gegengeschäfte gesichert. Erhaltene bzw. gezahlte Optionsprämien für noch nicht abgewickelte Optionen sowie Marginverpflichtungen aus Future-Geschäften sind, sofern sie Handelsgeschäfte darstellen, innerhalb der Handelsaktiva bzw. -passiva ausgewiesen. Ansonsten werden diese als „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“ bilanziert.

Erläuterungen zur Konzernbilanz **Aktiva**

(1) Forderungen an Kreditinstitute	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
Aufgliederung der Unterposition		
b) **andere Forderungen** nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	492,6	1.105,4
- über 3 Monate bis 1 Jahr	89,0	92,7
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	100,8	89,0
- über 5 Jahre	16,7	33,5

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Forderungen sind keine Hypothekendarlehen und Kommunalkredite sowie keine Beträge gegen Beleihung von Wertpapieren enthalten.

(2) Forderungen an Kunden	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	19,8	14,9
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	49,4	46,5
Nachrangige Forderungen	0,0	0,4
darunter: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,4
Forderungen an Kunden nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	1.952,3	1.505,7
- über 3 Monate bis 1 Jahr	2.056,1	1.735,2
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	5.915,7	6.010,3
- über 5 Jahre	17.021,4	15.881,2
- mit unbestimmter Laufzeit	650,1	927,6

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Forderungen sind Hypothekendarlehen in Höhe von 11.976,0 Mio Euro (Vorjahr 10.960,1 Mio Euro) und Kommunalkredite in Höhe von 195,3 Mio Euro (Vorjahr 204,5 Mio Euro) enthalten.

In den anderen Forderungen in Höhe von 15.462,4 Mio Euro (Vorjahr 14.929,9 Mio Euro) sind 24,8 Mio Euro (Vorjahr 38,0 Mio Euro) gegen Beleihung von Wertpapieren enthalten.

Angaben zum Bauspargeschäft:
Die Zins- und Tilgungsrückstände bei Baudarlehen beliefen sich am Bilanzstichtag auf 1,1 Mio Euro, das sind 0,16 % des Bestands.

Die Baudarlehen betragen	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
a) aus Zuteilungen	230,2	235,3
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	395,6	432,6
c) sonstige	11,9	12,3
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	11,9	11,9
	637,7	**680,2**
Die bereitgestellten, noch nicht ausgezahlten Baudarlehen betragen:		
a) aus Zuteilungen	49,4	51,5
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	11,9	12,6
c) sonstige	0,8	0,4
	62,1	**64,5**

Konzern-Anhang

(3) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2011 Mio €	2010 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	2.773,4	3.704,0
- nicht börsennotiert	75,9	247,7
Davon im Folgejahr fällig	669,2	661,8
Der Buchwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere beträgt	103,1	77,6

(4) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2011 Mio €	2010 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	0,9	0,0
- nicht börsennotiert	0,6	0,0
Der Buchwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beträgt	208,5	200,0

In diesem Bilanzposten sind Spezialfondsanteile mit einem Buchwert von 5,9 Mrd Euro (Vorjahr 5,6 Mrd Euro) enthalten. Die Fungibilität dieser Anteile ist eingeschränkt. Bei den im Bestand gehaltenen Spezialfondsanteilen wurden Gewinne, soweit sie aus der Realisierung von Kursgewinnen resultieren, im Wesentlichen thesauriert. Der Gewinn aus Zins- und Dividendeneinnahmen wurde vollständig ausgeschüttet.

Entwicklung der Wertpapiere des Anlagevermögens	Mio €
Bilanzwert zum 1. Januar 2011	277,6
Veränderungen (saldiert gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV)	34,0
Bilanzwert zum 31. Dezember 2011	311,6

Investmentvermögen	Ausschüttung 2011	Unterschiedsbetrag	2011 Mio € Marktwert	2011 Mio € Buchwert
- HERA-FONDS	1,1	5,0	205,0	200,0
- JUPITER-FONDS 1	170,1	52,6	4.863,8	4.811,2
- JUPITER-FONDS 2	3,4	0,0	406,1	406,1
- JUPITER-FONDS 3	5,4	19,9	317,7	297,8
- JUPITER-FONDS 4	0,0	0,0	122,7	122,7
- LBS-Hamburg Fonds	1,4	2,6	54,2	51,6
- BayernInvest Fonds	0,0	0,0	8,5	8,5
			5.978,0	**5.897,9**

Die tägliche Rückgabe war möglich, Abschreibungen wurden nicht unterlassen.

(5) Handelsbestand	2011 Mio €	2010 Mio €
Der Handelsbestand setzt sich zusammen aus:		
- derivative Finanzinstrumente	66,0	51,6
- Forderungen	0,0	9,0
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	150,4	207,3
- Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2,4	4,5
- sonstige Vermögensgegenstände	0,5	0,8
	219,3	273,2
- Risikoabschlag	-0,6	-0,5
	218,7	**272,7**

(6) Beteiligungen	2011 Mio €	2010 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen Anteilen, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind, sind:		
- börsennotiert	0,0	0,0
- nicht börsennotiert	0,0	0,0

Entwicklung	Beteiligungen Mio €	Verbundene Unternehmen Mio €
Bilanzwert zum 1. Januar 2011	187,0	33,7
Veränderungen (saldiert gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV)	-41,6	-1,1
Bilanzwert zum 31. Dezember 2011	145,4	32,6

(7) Anteile an assoziierten Unternehmen

Zum Bilanzstichtag bestehen aktivische Unterschiedsbeträge (Geschäftswert) in Höhe von 14,9 Mio Euro und passivische Unterschiedsbeträge in Höhe von 1,8 Mio Euro.

(8) Treuhandvermögen

Die ausgewiesenen Treuhandkredite betreffen ausschließlich Treuhandforderungen an Kunden.

Konzern-Anhang

(9) Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	**Immaterielle Anlagewerte Mio €**	**Sachanlagen Mio €**
Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:		
Anschaffungskosten am 1. Januar 2011	108,0	347,8
Zugänge	22,4	38,3
Abgänge	4,6	3,0
kumulierte Abschreibungen	59,0	191,8
Bilanzwert zum 31. Dezember 2011	**66,8**	**191,3**
Bilanzwert zum 31. Dezember 2010	59,1	163,8
Abschreibungen des Geschäftsjahres	10,2	10,6

Von den **Sachanlagen** entfallen auf:	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
- die im Rahmen des Sparkassengeschäfts genutzten Grundstücke und Gebäude	96,2	96,5
- die Betriebs- und Geschäftsausstattung	36,8	41,6

Im Konzern wurde von dem Wahlrecht zur Aktivierung von selbstersteller Software kein Gebrauch gemacht.

(10) Sonstige Vermögensgegenstände	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
Die sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich zusammen aus:		
- aktivierte Vorräte und sonstige Vermögensgegenstände	5,6	5,1
- sonstige Forderungen	222,9	258,6
	228,5	**263,7**

(11) Rechnungsabgrenzungsposten	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	4,4	3,4
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	0,6	1,1
- sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1,1	1,0
	6,1	**5,5**

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren in Höhe von 5,0 Mio Euro (Vorjahr 4,4 Mio Euro) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft.

Erläuterungen zur Konzernbilanz **Passiva**

(12) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3,2	1,2
Gesamtbetrag der als Sicherheit für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten übertragenen Vermögensgegenstände	2.488,2	2.333,5
Aufgliederung der Unterposition b) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	425,2	465,6
- über 3 Monate bis 1 Jahr	195,5	187,9
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.999,8	1.894,0
- über 5 Jahre	1.677,4	1.518,9

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Verbindlichkeiten sind begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 40,7 Mio Euro (Vorjahr 10,0 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche Namenspfandbriefe waren im Geschäftsjahr sowie im Vorjahr nicht im Bestand. Es sind keine Hypotheken-Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigt worden.

Angaben zum Bauspargeschäft:
Es sind 25,9 Mio Euro aufgenommene Fremdgelder aus der Refinanzierung der außerkollektiven Baudarlehen aus dem Bausparkassengeschäft enthalten.

(13) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	20,4	14,8
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11,5	9,5
Aufgliederung der Unterposition ab) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	0,9	0,6
- über 3 Monate bis 1 Jahr	1,9	0,2
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	4,4	10,6
- über 5 Jahre	0,1	0,0
Aufgliederung der Unterposition cb) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	1.935,8	1.938,7
- über 3 Monate bis 1 Jahr	468,6	604,5
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.016,0	1.134,6
- über 5 Jahre	4.457,2	4.270,7

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Verbindlichkeiten sind begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 2.449,0 Mio Euro (Vorjahr 1.866,6 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche Namenspfandbriefe waren im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht im Bestand. Es sind keine Hypotheken-Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigt worden.

Angaben zum Bauspargeschäft: Von den Bauspareinlagen entfielen	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
a) auf gekündigte Verträge	7,2	7,2
b) auf zugeteilte Verträge	24,7	26,4
	31,9	**33,6**

Konzern-Anhang

(14) Verbriefte Verbindlichkeiten	2011 Mio €	2010 Mio €
In dieser Position sind enthalten:		
im Folgejahr fällige begebene Schuldverschreibungen	823,6	737,3

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den begebenen Schuldverschreibungen sind Hypothekenpfandbriefe in Höhe von 200,6 Mio Euro (Vorjahr 527,9 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche Pfandbriefe befanden sich im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht im Bestand. Die sonstigen begebenen Schuldverschreibungen betragen 3.138,2 Mio Euro (Vorjahr 2.958,4 Mio Euro).

(15) Handelsbestand	2011 Mio €	2010 Mio €
Der Handelsbestand setzt sich zusammen aus:		
- derivative Finanzinstrumente	61,5	46,9
- Verbindlichkeiten	0,0	0,0
	61,5	46,9
- Risikozuschlag	0,0	0,0
	61,5	**46,9**

(16) Treuhandverbindlichkeiten
Die ausgewiesenen Treuhandverbindlichkeiten betreffen ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

(17) Sonstige Verbindlichkeiten	2011 Mio €	2010 Mio €
Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich zusammen aus:		
- Steuerverbindlichkeiten	20,9	25,2
- sonstige Verbindlichkeiten	33,4	98,3
	54,3	**123,5**

(18) Rechnungsabgrenzungsposten	2011 Mio €	2010 Mio €
In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Darlehensforderungen	26,8	30,1
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und höherem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	5,0	7,0
- sonstige Rechnungsabgrenzungen	2,9	3,7
	34,7	**40,8**

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren in Höhe von 30,7 Mio Euro (Vorjahr 35,9 Mio Euro) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft.

(19) Latente Steuern

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften ermitteln alle zeitlichen und quasi-permanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen und den Steuerwerten (§ 274 HGB). Derartige Differenzen bestehen insbesondere in den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Rückstellungen, die zu aktiven latenten Steuern führen. Die aus dem Überhang an aktiven latenten Steuern resultierende voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerentlastung wird in der Konzernbilanz nicht ausgewiesen.

Daneben werden latente Steuern auf Konsolidierungsmaßnahmen bilanziert (§ 306 HGB). Der für die Ermittlung zugrunde gelegte einheitliche Steuersatz beträgt 32,1 %.

(20) Rückstellungen

Der aufgrund der neuen Bewertungsvorschriften für Pensionsrückstellungen zum 1. Januar 2010 ermittelte Unterschiedsbetrag wird linear über einen Zeitraum von 15 Jahren zu Lasten des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Restbetrag des noch zuzuführenden Betrags beträgt per 31. Dezember 2011 155,7 Mio Euro.

In Ausübung des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde bei zwei sonstigen Rückstellungen der höhere Ansatz beibehalten. Der Wert der Überdeckung beträgt 0,6 Mio Euro.

(21) Eigenkapital	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
Der Konzernbilanzgewinn entwickelte sich wie folgt:		
Konzernjahresüberschuss	**75,2**	**112,1**
konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	-2,0	-0,6
auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust	0,0	0,0
Konzerngewinn	**73,2**	**111,5**
Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	323,1	265,1
Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,0	0,0
b) aus anderen Rücklagen	0,0	0,0
Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die Sicherheitsrücklage	-112,1	-53,5
b) in andere Rücklagen	0,0	0,0
Einstellung in konzernfremde Rücklagen	0,0	0,0
Konzernbilanzgewinn	**284,3**	**323,1**

(22) Haftungsverhältnisse

Eventualverbindlichkeiten unterliegen den Kreditgewährungs- und Kreditüberwachungsprozessen, die auch für die Gewährung von Darlehen und weiteren Krediten gelten. Die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme ist eher gering.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen beinhalten überwiegend Darlehen, die teilvalutiert und noch nicht voll ausgezahlt sind. Unwiderrufliche Kreditzusagen unterliegen den normalen Kreditüberwachungsprozessen, die für alle Kreditengagements gelten. Erhöhte Ausfallrisiken sind hieraus nicht zu erkennen.

Weitere außerbilanzielle Geschäfte gemäß § 285 Nr. 3 HGB bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

(23) Zinserträge
Diese Position enthält Zinserträge aus Bauspardarlehen in Höhe von 10,4 Mio Euro (Vorjahr 10,7 Mio Euro), aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten in Höhe von 19,8 Mio Euro (Vorjahr 22,9 Mio Euro) und aus sonstigen Baudarlehen in Höhe von 0,5 Mio Euro (Vorjahr 0,6 Mio Euro).

(24) Zinsaufwendungen
In dieser Position sind Zinsaufwendungen für Bauspareinlagen in Höhe von 16,5 Mio Euro (Vorjahr 16,9 Mio Euro) enthalten.

(25) Laufende Erträge aus	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
- Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	164,6	143,8
- Beteiligungen	6,3	6,9
- Anteilen an verbundenen Unternehmen	7,8	4,1
	178,7	**154,8**

(26) Provisionserträge
Etwa 18 % der gesamten Provisionserträge entfallen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung und Verwaltung.

Darüber hinaus enthält diese Position Erträge aus Vertragsabschluss und -vermittlung im Bauspargeschäft in Höhe von 6,5 Mio Euro (Vorjahr 6,6 Mio Euro) und aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung in Höhe von 0,5 Mio Euro (Vorjahr 0,7 Mio Euro).

(27) Provisionsaufwendungen
In dieser Position sind Provisionen aus dem Bauspargeschäft in Höhe von 4,7 Mio Euro (Vorjahr 4,3 Mio Euro) enthalten.

(28) Sonstige betriebliche Erträge	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich zusammen aus:		
- Grundstückserträge	7,7	6,5
- übrige sonstige betriebliche Erträge	125,0	118,8
	132,7	**125,3**

In dieser Position sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 6,8 Mio Euro enthalten.

(29) Sonstige betriebliche Aufwendungen	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich zusammen aus:		
- Aufwand für nicht eigengenutzte Grundstücke und Gebäude	2,1	1,9
- Zinsaufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen	34,7	34,8
- übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	98,9	88,8
	135,7	**125,5**

(30) Außerordentliches Ergebnis
Im außerordentlichen Ergebnis werden die Erstanpassungsbuchungen aufgrund der Umstellung auf das BilMoG ausgewiesen. 12,0 Mio Euro der außerordentlichen Aufwendungen entfallen auf die Pensionsrückstellungen.

(31) Steuern vom Einkommen und Ertrag
In dieser Position sind Aufwendungen für die Bildung latenter Steuern in Höhe von 0,2 Mio Euro (Vorjahr 0,0 Mio Euro) enthalten und betreffen das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Sonstige Angaben

Vorstand und Verwaltungsrat
Im Geschäftsjahr 2011 betrugen die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands 2,8 Mio Euro. Die Gesamtbezüge für frühere Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene beliefen sich auf 1,8 Mio Euro. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind insgesamt 19,6 Mio Euro zurückgestellt. Die Kredite an Mitglieder des Vorstands beliefen sich zum 31. Dezember 2011 auf insgesamt 0,3 Mio Euro mit einem Zinssatz von 3,8 % bzw. 4,5 %.

Die Gesamtbezüge des Verwaltungsrats betrugen im Geschäftsjahr 0,4 Mio Euro, Kredite wurden in Höhe von 1,0 Mio Euro zu marktüblichen Konditionen gewährt.

Aufwendungen für Abschlussprüfer
Für das Gesamthonorar der Abschlussprüfer wurden im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 964 TEUR, davon 847 TEUR für andere Abschlussprüfer, aufgewendet. Insgesamt entfallen 756 TEUR auf die Abschlussprüfungsleistungen, davon 661 TEUR für andere Abschlussprüfer, und 208 TEUR auf andere Bestätigungsleistungen, davon 186 TEUR für andere Abschlussprüfer.

Beschäftigte	
Im Jahresdurchschnitt	
Vollzeitkräfte	4.327
Teilzeitkräfte	835
	5.162
Auszubildende	443
	5.605

Die Teilzeitkräfte wurden entsprechend ihrer vereinbarten Arbeitszeit auf Vollzeitkräfte umgerechnet. Im Jahresdurchschnitt 2011 waren 1.528 Teilzeitkräfte beschäftigt.

Im Berichtsjahr wurden in anteilsmäßig einbezogenen Unternehmen durchschnittlich 80 Vollzeitkräfte, 17 Teilzeitkräfte und 4 Auszubildende beschäftigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen	**Mio €**
Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen:	
- 2012	63,3
- 2013	58,9
- 2014	58,0
	180,2

Das Bestellobligo für Investitionsvorhaben hält sich im üblichen Rahmen.

Zum Abschlussstichtag wurden der Deutschen Bundesbank für Offenmarktgeschäfte Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.552,9 Mio Euro zur Verpfändung hinterlegt, Verpflichtungen hieraus bestanden nicht. Daneben wurden im Zusammenhang mit Geschäften an Terminbörsen und Clearingstellen 51,9 Mio Euro in Anspruch genommen, für die Wertpapiere mit einem Buchwert von 289,8 Mio Euro hinterlegt wurden. Außerdem bestehen Nachschussverpflichtungen in Höhe von 5,0 Mio Euro.

Fremdwährung
Die Gesamtbeträge der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, belaufen sich auf umgerechnet 1.147,7 bzw. 740,7 Mio Euro.

Termingeschäfte / derivative Finanzgeschäfte

Die nachstehende Übersicht zeigt das Volumen der zum Jahresultimo 2011 bestehenden Geschäfte.

per 31. Dezember 2011 in Mio €	Nominalwerte					Marktwerte	
	Restlaufzeit				davon: des		
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Summe	Handels-bestands	positiv	negativ
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Caps	58,5	250,6	27,2	336,3	0,0	0,3	0,3
- Collars	13,6	291,0	55,3	359,9	0,0	2,2	2,2
- Floors	0,0	0,0	2,4	2,4	0,0	0,0	0,0
- Wertpapier-Termingeschäfte	10,0	0,0	0,0	10,0	0,0	0,0	0,3
- Strukturierte Swaps	330,0	1.082,3	5.604,3	7.016,6	0,0	333,0	3,9
- Swaptions	0,0	6,0	0,0	6,0	0,0	0,0	0,0
- Zinsswaps	2.017,0	15.347,0	19.733,2	37.097,2	1.243,6	879,9	1.804,1
Börseninstrumente							
- Zins-Futures	2.646,3	15,1	0,0	2.661,4	5,0	0,2	39,2
- Zins-Optionen	8,8	0,0	0,0	8,8	0,0	0,0	0,0
Summe	**5.084,2**	**16.992,0**	**25.422,4**	**47.498,6**	**1.248,6**	**1.215,6**	**1.850,0**
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Devisenoptionen	7,4	0,0	0,0	7,4	7,4	0,1	0,1
- Devisentermingeschäfte	2.250,7	84,6	0,0	2.335,3	0,0	40,1	46,6
- Währungsswaps	0,0	41,0	269,3	310,3	0,0	58,1	55,5
Börseninstrumente							
- Zins-Futures	84,4	0,0	0,0	84,4	0,0	0,0	0,3
Summe	**2.342,5**	**125,6**	**269,3**	**2.737,4**	**7,4**	**98,3**	**102,5**
Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken							
OTC-Produkte							
- Strukturierte Swaps	27,4	171,5	0,0	198,9	0,0	10,4	2,2
Börseninstrumente							
- Aktien-Optionen	29,5	0,2	0,0	29,7	0,0	0,7	0,2
- Index-Futures	60,9	0,0	0,0	60,9	0,0	0,4	1,3
- Index-Optionen	46,7	0,0	0,0	46,7	0,0	0,6	0,0
Summe	**164,5**	**171,7**	**0,0**	**336,2**	**0,0**	**12,1**	**3,7**

Grundsätzlich wird für die Bewertung der Derivate der aktuelle Marktpreis zugrunde gelegt. Bei börsengehandelten Derivaten werden die Kurse des letzten Börsentags in 2011 verwendet. Ist ein aktueller Marktpreis nicht unmittelbar verfügbar, erfolgt die Bewertung nach den gängigen finanzmathematischen Bewertungsverfahren. So wird bei Zinsswaps ein Barwert auf Grundlage der aktuellen Zinsstrukturkurve ermittelt. Bei Devisentermingeschäften wird der Terminkurs verwendet. Die Marktwerte der Devisenoptionen werden auf Basis der aktuellen Devisenkurse und Zinsstrukturkurven sowie der impliziten Volatilitäten ermittelt (Binomialmodell). Bei Swaptions und Zinsoptionen werden die Marktwerte unter Berücksichtigung von Zinsstrukturkurven und impliziten Volatilitäten errechnet (Black 76 und Hull-White-Modell).

Auf Basis der Bildung von Bewertungseinheiten werden strukturierte Wertpapiere emittiert, denen in einem Mikrohedge strukturierte Swaps gegenüberstehen, so dass die Zinsrisiken und die sonstigen Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Der wesentliche Teil aller oben genannten zinsbezogenen Geschäfte wurde zur Begrenzung von Zinsrisiken abgeschlossen. Mit den Zinsswaps wird im Rahmen der Aktiv- und Passivsteuerung die Fristentransformation gesteuert. Die börsengehandelten Zinsderivate stellen überwiegend Zinssicherungsgeschäfte sowie Handelsgeschäfte für Kunden dar.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich zu einem großen Teil um Geschäfte mit Kunden und eigenen Spezialfonds, die grundsätzlich kursgesichert sind, in geringerem Umfang um Eigenhandelsgeschäfte. Die währungsbezogenen derivativen Geschäfte stellen zusammen mit den bilanziellen Fremdwährungsbeständen eine nahezu geschlossene Position dar.

Die Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken umfassen ausschließlich Handelsgeschäfte für Kunden und strukturierte Swaps, deren Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Als Grundgeschäfte werden Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 4.159,3 Mio Euro und ebenfalls als Grundgeschäfte schwebende Geschäfte mit einem Nominalwert von 744,1 Mio Euro in Bewertungseinheiten nach § 254 Satz 1 HGB einbezogen. Bei diesen Bewertungseinheiten handelt es sich jeweils um so genannte Mikro-Bewertungseinheiten. Alle Grundgeschäfte werden mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zins-, Währungs- sowie sonstige Preisrisiken abgesichert.

Zum Bilanzstichtag bestehen für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken Geschäfte mit einem positiven Marktwert von 327,3 Mio Euro, für die Absicherung von Währungsrisiken Geschäfte mit einem negativen Marktwert von 30,1 Mio Euro sowie für die Absicherung von sonstigen Preisrisiken Geschäfte mit einem positiven Marktwert von 8,3 Mio Euro.

Pfandbriefe

Die Hamburger Sparkasse AG emittiert seit dem Geschäftsjahr 2006 Pfandbriefe. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über die Homepage im Internet www.haspa.de erfüllt.

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
Hypothekenpfandbriefumlauf		
- Nennwert	2.649,0	2.362,3
- Barwert	3.078,7	2.550,3
- Risikobarwert[1)]	3.373,9	2.784,8
Deckungsmasse		
- Nennwert	3.304,7	3.605,9
- Barwert	3.707,9	3.879,7
- Risikobarwert[1)]	3.903,3	4.069,1
Überdeckung		
- Nennwert	655,7	1.243,6
- Barwert	629,2	1.329,4
- Risikobarwert[1)]	529,4	1.284,3

1) dynamisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
Laufzeitstruktur des Hypothekenpfandbriefumlaufs		
- bis zu 1 Jahr	14,0	516,0
- mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahre	63,5	4,0
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	150,1	53,2
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	78,4	45,5
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	306,0	56,7
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	1.045,0	871,2
- mehr als 10 Jahre	992,0	815,7
Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse		
- bis zu 1 Jahr	246,6	252,8
- mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahre	325,5	480,7
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	321,2	463,8
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	357,5	290,1
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	445,0	322,9
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	1.274,5	1.494,3
- mehr als 10 Jahre	334,4	301,2

Konzern-Anhang

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 3

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4

In der Deckungsmasse sind weitere Deckungswerte in Höhe von 125,0 Mio Euro (Vorjahr 625,0 Mio Euro) enthalten.

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
a) Gesamtbetrag der verwendeten nennwertigen Deckungsmasse nach Größenklassen[1)]		
Kreditdeckung		
- bis 300 TEUR	1.766,5	1.624,6
- über 300 TEUR bis zu 5 Mio Euro	1.163,1	1.151,4
- mehr als 5 Mio Euro	250,1	204,9
b) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Staaten[1) 2)]		
Bundesrepublik Deutschland	3.179,7	2.980,9

c) Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Nutzungsart[1) 2)]	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
- Wohnungen	342,7	317,6	0,0	0,0
- Einfamilienhäuser	1.206,8	1.086,6	0,0	0,0
- Mehrfamilienhäuser	975,0	993,1	0,0	0,0
- Bürogebäude	0,0	0,0	267,8	242,0
- Handelsgebäude	0,0	0,0	48,2	44,1
- Industriegebäude	0,0	0,0	21,8	25,0
- sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	317,3	272,5
- unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
- Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2		
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen[2)]	0,0	0,0

1) ausschließliche Betrachtung der ordentlichen Deckung
2) keine Grundstückssicherheiten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 3a – 3c	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**	**2011 Mio €**	**2010 Mio €**
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
Anzahl anhängiger Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Anzahl durchgeführter Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Übernahme von Grundstücken	0	0	0	0
Rückstände Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0

Treuhänder	Stellvertreter	Stellvertreter	Stellvertreter
Uwe Rollert,	Dr. Heiner Holtappels,	Dr. Adam von Kottwitz,	Rainer Sinhuber,
Unternehmensberater	Notar a.D. (bis 31.08.2011)	Notar a.D. (ab 01.09.2011)	Richter i.R.

Anteilsbesitz der HASPA Finanzholding per 31. Dezember 2011[1]	Anteil am Eigenkapital in %	Eigenkapital des Unternehmens T € [2]	Jahresergebnis des Unternehmens T € [2]
Name und Sitz des Unternehmens			
Unmittelbare Beteiligungen:			
- Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	59,00 %	15.253,0 [3]	1.501,0 [3]
- Haspa-DIREKT Servicegesellschaft für Direktvertrieb mbH, Hamburg	100,00 %	511,3 [3]	0,0 [3] [4]
- Haspa Erste Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	26,0 [3]	0,0 [3] [4]
- Haspa Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	26,0 [3]	0,0 [3] [4]
- Heptagon Capital Beteiligungsgesellschaft der Freien Sparkassen mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	46,15 %	3.205,4	36,5
- Heptagon Capital GmbH, Frankfurt am Main	46,20 %	56,7	4,9
- HLS Hamburger Logistik Service GmbH, Hamburg	100,00 %	1.669,0 [3]	0,0 [3] [4]
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-3.556,7	-94,3
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-459,5	-31,8
- neue leben Pensionsverwaltung Aktiengesellschaft, Hamburg	21,18 %	15.176,1	407,9
- NM Nord-IMMO Management Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	99,64 %	35,9 [3]	0,9 [3]
- Nord-DIREKT Norddeutsche Direktservice GmbH, Hamburg	100,00 %	25,0 [3]	0,0 [3] [4]
- Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH, Hamburg	100,00 %	21.363,1 [3]	0,0 [3] [4]
- Vierzehnte Hammonia Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,4 [3]	0,1 [3]
- Fünfzehnte Hammonia Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,4 [3]	0,1 [3]
Mittelbare Beteiligungen			
über Hamburger Sparkasse AG:			
- BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH, Hamburg	25,77 %	2.718,5	-39,0
- Cenito Service GmbH, Hamburg	100,00 %	800,0 [3]	0,0 [3] [4]
- GBP Gesellschaft für Betriebliche Pensionsplanung mbH, Hamburg	100,00 %	42,6 [3]	0,0 [3] [4]
- Hanseatischer Sparkassen- und Giroverband, Hamburg	74,87 %	40.142,5	-1,8
- Haspa Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH, Hamburg	100,00 %	5.000,0 [3]	0,0 [3] [4]
- Haspa Vertriebsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	150,8 [3]	0,0 [3] [4]
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-3.556,7	-94,3
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-459,5	-31,8
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG, Hamburg	75,10 %	10.426,0 [3]	356,8 [3]
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH Verwaltungs GmbH, Hamburg	75,20 %	17,6	-1,3
- NM Nord-IMMO Management Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	0,36 %	35,9 [3]	0,9 [3]
- SAG Süderelbe Projektgesellschaft AG & Co. KG, Lüneburg	25,00 %	0,0	-886,8
- Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	38,00 %	4.252,7 [3]	3.031,0 [3]
über Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH:			
- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen	33,00 %	71.459,0	19.880,0
- Deutsche Factoring Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen	33,33 %	139,4	9,7
über Grossmann & Berger GmbH:			
- GBG Hansegrund GmbH Immobilienverwaltung, Hamburg	100,00 %	402,8 [3]	-159,6 [3]
über NRS Norddeutsche Retail-Service AG:			
- Kredit-Service-Center GmbH, Bremen	100,00 %	1.500,1 [3]	0,1 [3] [4]
- NRS Consulting GmbH, Hamburg	100,00 %	565,7 [3]	231,4 [3]
über Haspa Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH:			
- Mess- und Fördertechnik Gwinner G.m.b.H. & Co. KG, Hamburg	11,27 %	855,7	-307,0
- MHG Beteiligungsgesellschaft mbH, Buchholz	30,00 %	1.933,3	-345,8
- Schaltex Beteiligungs GmbH, Hamburg	25,80 %	13,0	-12,0
über Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG:			
- Brands Fashion GmbH, Buchholz	20,00 %	3.357,2	15,1
- GFA Beteiligungs GmbH, Hamburg	20,00 %	15.398,9	2.134,9
- HPM Fenster und Türen Beteiligungs GmbH, Hamburg	40,00 %	2.914,6	-585,5
- Mess- und Fördertechnik Gwinner G.m.b.H. & Co. KG	23,00 %	855,7	-307,0
- Sauer Spezialwerkzeug GmbH, Hamburg	49,00 %	1.399,7	119,0
- Schaltex Beteiligungs GmbH, Hamburg	49,00 %	13,0	-12,0
über Schaltex Beteiligungs GmbH:			
- SCHALTEX SYSTEMS GmbH, Hamburg	100,00 %	1.014,5	0,0
über Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH:			
- HSF Hauswart-Service Fiefstücken GmbH, Hamburg	100,00 %	36,1	10,7

[1] Anteilsbesitz ab mindestens 20 % an nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist
[2] Nach dem letzten für 2010 vorliegenden Jahresabschluss, soweit kein anderer Hinweis
[3] Nach dem letzten für 2011 vorliegenden Jahresabschluss
[4] Gewinnabführungsvertrag

Konzern-Anhang

Anhangangaben gemäß § 340 a Abs. 4 HGB

Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter, die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB) wahrnehmen:

Vorstandsmitglieder

Dr. Harald Vogelsang

Aufsichtsrat

NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg / Bremen	Vorsitzender
Landesbank Berlin Holding AG, Berlin	Mitglied
Landesbank Berlin AG, Berlin	Mitglied

Jörg Wohlers

Aufsichtsrat

Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft, Hamburg	Mitglied
NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg / Bremen	Mitglied
Sparkasse zu Lübeck Aktiengesellschaft, Lübeck	Mitglied

Dr. Jörg Wildgruber

Aufsichtsrat

neue leben Pensionskasse Aktiengesellschaft, Hamburg	Vorsitzender
neue leben Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg	stellv. Vorsitzender
neue leben Unfallversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg	stellv. Vorsitzender
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel / Hamburg	stellv. Vorsitzender
Sparkasse Mittelholstein Aktiengesellschaft, Rendsburg	1. stellv. Vorsitzender
NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg / Bremen	Mitglied

Mitarbeiter

Dr. Sören Abendroth (Direktor)

Aufsichtsrat

Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG, Bredstedt	2. stellv. Vorsitzender
Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm	Mitglied
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel / Hamburg	Mitglied

Beteiligungen

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die 5 % der Stimmrechte überschreiten:

Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel
Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH, Hamburg
Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG, Bredstedt
Sparkasse Mittelholstein Aktiengesellschaft, Rendsburg
Sparkasse zu Lübeck Aktiengesellschaft, Lübeck
Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg

Konzern-Anhang

Verwaltungsrat

Dr. Karl-Joachim Dreyer
Präses
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Hamburger Sparkasse AG

Peter Becker
Stellvertretender Präses
Bäckermeister
Präsident Zentralverband des
Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Dr. Martin Willich
Rechtskundiges Mitglied
Kaufmann, Jurist

Prof. Dr. Jörg F. Debatin
Vorstandsvorsitzender
amedes Holding AG

Dipl.-Kfm. Günter Elste
Vorsitzender des Vorstands
Hamburger Hochbahn AG

Dipl.-Kfm. Helga Jochens
Geschäftsführerin
Grundstücksverwaltung Johann Kaune Erben
GmbH & Co. KG

Uwe Mellewigt
Betriebsratsvorsitzender
Hamburger Sparkasse AG

Dirk Reimers
Rechtsanwalt, Staatsrat a.D.
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Deutsche Nationalstiftung

Gabriele Voltz
Rechtsanwältin
Stellvertretende Vorsitzende
Verband Freier Berufe in der
Freien und Hansestadt Hamburg

Vorstand

Dr. Harald Vogelsang
Sprecher

Jörg Wohlers
Stellvertretender Sprecher

Dr. Jörg Wildgruber

Hamburg, den 26. März 2012

Der Vorstand

Dr. Vogelsang Wohlers Dr. Wildgruber

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der HASPA Finanzholding, juristische Person alten hamburgischen Rechts, Hamburg, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 13. April 2012

RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Wiechmann
Wirtschaftsprüfer

Morfeld
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat hat sich im Berichtsjahr vom Vorstand über alle grundsätzlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspolitik sowie über die Entwicklung des laufenden Geschäfts und die wirtschaftlichen Verhältnisse regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichten lassen. Alle wesentlichen Fragen wurden mit dem Vorstand in Plenarsitzungen ausführlich erörtert. Angelegenheiten von besonderer Tragweite wurden darüber hinaus in Sitzungen des aus der Mitte des Verwaltungsrats gebildeten Präsidialausschusses im Vorwege beraten und vertieft. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten dabei die Projekte zur Begründung kapitalunterlegter Kooperationen mit öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein einschließlich der erforderlichen Abstimmungen mit schleswig-holsteinischen Ministerien, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und dem Bundeskartellamt. Darüber hinaus befasste sich der Verwaltungsrat mit den Auswirkungen der neuen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III auf die HASPA-Gruppe und mit daraus resultierenden Anpassungen der Eigenkapitalausstattung der Gruppenunternehmen, insbesondere der Hamburger Sparkasse AG. Ferner verfolgte der Verwaltungsrat die Entwicklungen bei der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG und setzte sich mit Maßnahmen zu deren Unterstützung auseinander. Weitere hervorzuhebende Themen im Verwaltungsrat waren die Rotation des Abschlussprüfers der HASPA Finanzholding, die organisatorische Neuaufstellung der Unternehmensbereiche der HASPA Finanzholding sowie die zum 30. Juni 2011 durchgeführte Migration von IT-Kernbankanwendungen der Hamburger Sparkasse AG auf Systeme von SAP und die Aufarbeitung der bei der Migration aufgetretenen Schwierigkeiten.

Der Verwaltungsrat war darüber hinaus in alle aktuellen Sachverhalte und Entscheidungen eingebunden, die nach der Satzung der Zustimmung des Verwaltungsrats bedurften. Zwischen dem Präses des Verwaltungsrats und dem Sprecher des Vorstands fanden daneben regelmäßige Gespräche statt, in denen über maßgebliche operative Themen informiert und strategische Überlegungen vorbereitend erörtert wurden. Der Verwaltungsrat hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt und im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Kompetenzen die ihm obliegenden Entscheidungen in fünf turnusmäßigen Sitzungen, einer Sondersitzung und einer konstituierenden Sitzung sowie im schriftlichen Verfahren getroffen. Über die Arbeit des Präsidialausschusses hat sich der Verwaltungsrat regelmäßig berichten lassen.

Die RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2011 sowie den Konzernabschluss und Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2011 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Nach eigener Prüfung und Erörterung des Einzel- sowie des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts mit dem bestellten Abschlussprüfer in den Bilanzsitzungen von Präsidialausschuss und Verwaltungsrat hat der Verwaltungsrat von dem jeweiligen Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen und dem Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2011 sowie dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2011 zugestimmt.

Der Verwaltungsrat hat sich ferner dem Vorschlag des Vorstands angeschlossen, dem Kuratorium zu empfehlen, den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2011 festzustellen und den Bilanzgewinn von 107,6 Millionen Euro, der dem Jahresüberschuss entspricht, der Sicherheitsrücklage zuzuführen sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011 zu billigen.

Aus dem Kuratorium beendeten mit Ablauf der Kuratoriumssitzung am 26. Januar 2012 Frau Prof. Dr. Sonja Bischoff sowie die Herren Dr. Helmut Dähne, Prof. Dr. Peter Ehlers, Jens Heiser, Josef Katzer, Prof. Dr. Edwin Kreuzer und Hinrich Johann Sietas aufgrund der in der Satzung festgelegten Altersbegrenzung oder auf eigenen Wunsch ihre langjährige Tätigkeit im Kuratorium. Neu in das Kuratorium gewählt wurden in der Sitzung am 26. Januar 2012 für die satzungsmäßige Amtszeit von vier Kalenderjahren Frau Sabine Forest, Frau Franziska Wedemann sowie die Herren Prof. Dr.

Garabed Antranikian, Frederik Braun, Andreas Christiansen, Dirk Dingfelder, Christian Seeler und Uli Wachholtz. Vorstand und Verwaltungsrat danken den ausgeschiedenen Mitgliedern des Kuratoriums herzlich für ihr engagiertes und verdienstvolles Wirken während der vergangenen Jahre im Interesse der HASPA Finanzholding und der HASPA-Gruppe.

Herr Jörg Wohlers, stellvertretender Sprecher des Vorstands der HASPA Finanzholding und Vorstandsmitglied der Hamburger Sparkasse AG, schied nach über drei Jahrzehnten in Diensten der Haspa, davon sieben Jahre im Vorstand der Hamburger Sparkasse AG und über drei Jahre im Vorstand der HASPA Finanzholding, mit Ablauf des 31. März 2012 auf eigenen Wunsch aus den Vorständen der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG aus. Herr Wohlers hat sowohl im Firmenkundengeschäft als auch in seiner Verantwortung als Finanz- und Risikovorstand über viele Jahre zum Erfolg der Hamburger Sparkasse beigetragen. In seiner Funktion als stellvertretender Sprecher des Vorstands der HASPA Finanzholding hat er zudem die Weiterentwicklung der strategischen Beteiligungen der HASPA-Gruppe engagiert mitgestaltet. Der Verwaltungsrat dankt Herrn Wohlers für sein langjähriges erfolgreiches Wirken zum Wohle der HASPA-Gruppe.

Der Verwaltungsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HASPA Finanzholding für den großen persönlichen Einsatz und die erfolgreiche Arbeit im abgeschlossenen Geschäftsjahr Dank und Anerkennung aus. In gleicher Weise dankt der Verwaltungsrat den Mitgliedern der Gremien für das im Geschäftsjahr 2011 gezeigte Engagement.

Hamburg, den 25. April 2012

Der Verwaltungsrat

Dr. Karl-Joachim Dreyer
Präses

603

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 Nummer 1 VOB/A

DESY-Ausschreibungsnummer: C2050-12Z

a) **Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Platanenallee 6, 15738 Zeuthen
Telefon: 03 37 62 / 77 - 214, Telefax: 03 37 62 / 77 - 319

b) **Vergabeverfahren:**
Öffentliche Ausschreibung nach VOB Teil A (§ 3 Nr. 1)

c) **Elektronische Auftragsvergabe:**

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.

d) **Art des Auftrags:** Einheitspreisvertrag

e) **Ort der Ausführung:**

DESY Betriebsgelände Zeuthen bei Berlin.

f) **Art und Umfang der Leistung:**

Ein Bestandsgebäude aus dem Ende des 19. Jahrhunderts soll nach einem Umbau aus dem Jahre 1993 erneut umgebaut, modernisiert und erweitert werden. Die zukünftige Nutzung des Gebäudes unterteilt sich in einen Konferenzbereich in der unteren Etage, einen Gästebereich in der oberen Etage und einen Sanitärtrakt sowie Lagerräume im Keller. Die Sanierung der Altbausubstanz erstreckt sich auf ca. 722 m² sowie den Neubau von ca. 133 m². Die Geschoßdecken sind als Holzbalkendecken ausgebildet. Es sind Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärarbeiten mit folgenden voraussichtlichen Hauptmengen auszuführen.

Heizungsinstallation

Gasbrennwerttherme 24 kW, WW-Speicher 150 Liter, Abgassystem, 500 m Metallverbundrohr DN 15 bis DN 32, 27 Stück Ventilkompaktheizkörper, 80 m² Fußbodenheizung.

Lüftungsinstallation

Kaltwassererzeuger 20 kW, Pufferspeicher 180 Liter, Zu- und Abluftgerät mit WRG für 1.500 m³/h, 70 m² Lüftungskanäle rechteckig, 280 m Wickelfalzrohre DN 80 bis DN 125, 2 Stück Umluftkühlgeräte für Kaltwasser, 2 Stück Lüftungsgeräte mit WRG für je 300 m³/h.

Sanitärinstallation

120 m Gräben für Schmutzwasser und Gasleitung, Grundwasserabsenkung, 100 m KG-Leitungen DN 100 bis DN 150, 100 m PP-Rohr DN 50 bis DN 110, 1 Stück Abwasserhebeanlage Schachteinbau, 1 Stück Abwasserhebeanlage für Vorwandeinbau, 300 m Metallverbundrohr DN bis DN 40, 10 Stück Vorwand-WC-Gestelle einschließlich WC, 7 Stück Vorwand-Waschtischgestelle einschließlich Waschtische, 4 Stück Vorwand-Urinalgestelle einschließlich Urinalbecken, 5 Stück Duschen, 20 m Gasanschlussleitung DN 25 im Gebäude.

g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** entfällt

h) **Losweise Vergabe:** entfällt

i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**

Ca. September 2012 bis November 2012

j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**

nicht zugelassen

k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2050-12Z:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Abteilung V4 Einkauf
Platanenallee 6, 15738 Zeuthen
Telefon: 03 37 62 / 77 - 214, Telefax: 03 37 62 / 77 - 319

l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** entfällt

m) **Bei Teilnahmeantrag:**

Anträge auf Teilnahme können bis zum 3. August 2012 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 8. August 2012 versendet.

n) **Frist für den Eingang der Angebote:**

Bis Mittwoch, den 15. August 2012 um 10.00 Uhr
im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss,
DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

o) **Anschrift:**

Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung

DESY C2050-12Z
Angebotstermin 15. August 2012, Uhrzeit 10.00 Uhr

per Briefpost/Boten zu richten an:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) **Sprache:**

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) **Eröffnung:**

Mittwoch, den 15. August 2012 um 10.00 Uhr
im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss,
DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein.

r) **Geforderte Sicherheiten:**

Sofern die Auftragssumme mindestens 250.000,– Euro netto beträgt, ist eine Sicherheit über die Vertragserfüllung von 5 % der Auftragssumme brutto bzw. für die Zeit der Verjährungsfrist von Mängelansprüchen von 3 % der Schlussrechnungssumme brutto zu leisten. Die Sicherheiten können gegen Bürgschaften abgelöst werden.

s) **Zahlungsbedingungen:**

sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**

– Freistellungsbescheinigung (Steuerabzugspflicht § 48 ff. EstG) bzw. entsprechende Gründe für die Nichterbringung.

– Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) des VHB – Bund – vorzulegen. Auf Verlangen sind die Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,– Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150 a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

v) **Zuschlagsfrist:** 14. September 2012

w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**

Kaufmännischer Direktor des Deutschen Elektronen-Synchrotrons DESY.

Hamburg, den 22. Juni 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

604

Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung (§ 12 VOL/A)

DESY Ausschreibungsnummer: C2052-12

a) **Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040 / 89 98 - 24 80, Telefax: 040 / 89 98 - 40 09

b) **Vergabeverfahren:**
Öffentliche Ausschreibung (§ 3 Abs. 1 VOL/A)

c) **Form in der Angebote einzureichen sind:**

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossen Umschlag mit folgender Kennzeichnung:

„Öffentliche Ausschreibung
DESY C2052-12,
Angebotstermin 18. Juli 2012“

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) **Art und Umfang der Leistung:**

Fertigung und Lieferung von 810 Stück Stahlbauhohlprofil 250 x 150 x 12,5 mm, 470 mm lang EN 10210-2, S355J2H, warmgewalzt mit WAZ EN 10204/3.1 und geprimert gemäß technischer Spezifikation vom 23. Mai 2012.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

e) **Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose:** entfällt

f) **Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:** entfällt

Lütcke & Wulff **C 1160** **PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt**
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

kürzestmöglich

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Frau Dietsch/Frau Grantz
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040 / 89 98 - 24 80, Telefax: 040 / 89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum **6. Juli 2012** angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **18. Juli 2012**

Ablauf der Bindefrist: **17. August 2012**

j) Geforderte Sicherheiten:

Beträgt die Gesamtsumme des Auftrages 50.000,– Euro +MwSt. und mehr, wird eine Sicherheit in Höhe von 5 % der Gesamtsumme für die Dauer der Verjährungsfrist für Mängelansprüche einbehalten. Eine Ablösung durch Bürgschaft ist möglich.

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

Die Zahlungsbedingungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eignungsnachweise die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

m) Vervielfältigungskosten: entfällt

n) Zuschlagskriterien:

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen.

Hamburg, den 26. Juni 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

605

Öffentliches Verfahren

Die Stadtreinigung Hamburg, Anstalt öffentlichen Rechts, Bullerdeich 19, 20537 Hamburg, schreibt die **Übernahme und Verwertung von Laub in 100 Liter Kunststoffsäcken aus privaten Haushaltungen in der Laubsaison 2012/2013** unter der Nummer **Ö 2012.117** im Öffentlichen Verfahren aus. Nähere Angaben finden Sie im Submissionsanzeiger, Bundesausschreibungsblatt, bi-Ausschreibungsblatt, Subreport sowie bei der Stadtreinigung Hamburg (Anschrift siehe oben) werktags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr, Gebäude 1, Zimmer 120, und im Internet: www.srhh.de/Über uns/Ausschreibungen. Die Unterlagen können bis zum 13. Juli 2012 angefordert werden.

Hamburg, den 25. Juni 2012

Stadtreinigung Hamburg

606

Gläubigeraufruf

Die Firma **ENCO Trading & Consulting GmbH** (Amtsgericht Hamburg, HRB 49254) mit Sitz in Hamburg ist durch Gesellschafterbeschluss vom 25. April 2012 aufgelöst worden. Zum einzelvertretungsberechtigten Liquidator ist Herr Andreas Keller, Paracelsusstraße 10, 22147 Hamburg, bestellt worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 26. April 2012

Der Liquidator

607

Gläubigeraufruf

Der Verein **Segelkameradschaft Securitas in Mare e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 10 495), ist aufgelöst worden. Etwaige Gläubiger werden gebeten, sich zur Anmeldung ihrer Ansprüche bei dem Liquidator Herrn Ralf Kauka, c/o NPP, Johannes-Brahms-Platz 1, 20355 Hamburg, zu melden.

Hamburg, den 25. Mai 2012

Der Liquidator

608

Gläubigeraufruf

Der Verein **Der Hamburger Medienpool e.V.**, Behringstraße 28 a, 22765 Hamburg, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche gegen den Verein bei einer der unterzeichneten Liquidatorinnen anzumelden.

Hamburg, den 21. Juni 2012

Die Liquidatorinnen

Susanne Benninghoff-Lühl
Evelyn Nehls

609

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7 % Mehrwertsteuer).